

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
Kretz Annoncen AG (Herrliberg)

Gefahr erkennen

SCHWEIZERISCHE LANDESBIBLIOTHEK
BIBLIOTHÈQUE NATIONALE SUISSE
BIBLIOTECA NAZIONALE SVIZZERA
BIBLIOTECA NAZIONALE SVIZRA

P 921580



Es geht heute darum, den sozialen Staat auch für die Zukunft zu erhalten.

(Photo Keystone)

Nicht nur in der Schweiz, auch in anderen europäischen Ländern geben die Staatsfinanzen Anlass zur Sorge. Eine Grundsatzdebatte über Stand und Entwicklung der Bundesfinanzen tut not. Sie ist denn auch in Gang gekommen, bereits wird jedoch das Gespenst des Sozialabbaus heraufbeschworen. Demgegenüber wäre Realitätssinn im Interesse aller. Ohne Gegensteuer müsste in den kommenden Jahren jeweils mit Defiziten von acht Milliarden Franken gerechnet werden.

AMK. Das durchschnittliche Ausgabenwachstum des Bundes lag von 1980 bis 1992 über der Zunahme des Bruttoinlandproduktes (BIP). Die Scherenentwicklung ist vor allem seit 1986 ausgeprägt.

Die Ausgaben für Sozialpolitik weisen die höchste Wachstums-

rate aller Staatsausgaben auf. 1970 gab der Bund dafür 17,9 Prozent seines Jahresbudgets aus, 1992 bereits 22,8 Prozent, und im Budget 1994 sind es 26,7 Prozent oder 11,5 Milliarden Franken. Damit geben wir heute jeden vierten Franken für die soziale Wohlfahrt aus.

Diesen Tatsachen müssen die Verantwortungsträger ins Auge schauen. Ziel ist die Erhaltung eines sozialen Staates und damit die Finanzierbarkeit der Sozialwerke. Versprechungen, die nicht gehalten werden können, müssen zurückgewiesen werden. Ein weiterer Anstieg der Bundesausgaben gefährdet das Ganze.

Somit sind nicht diejenigen die «Sozialabbauer», die heute warnen und bremsen, sondern diejenigen, welche die Gefahr nicht sehen und nicht benennen wollen.

Inhalt

- Fundamentalopposition und Regierungsbeteiligung sind unverträglich, meint unser Kolumnist auf Seite **9**
- Deregulierung und Privatisierung auf allen staatlichen Ebenen heisst die Devise ab Seite **10**
- Wenn Sie Rita Süssmuth kennenlernen möchten, beachten Sie Seite **15**

Lesen Sie ab Seite 5

FDP-Parolen

Mit ihrer Parolenfassung für die eidgenössischen Vorlagen vom 20. Februar 1994 folgten die Delegierten der FDP der Schweiz an ihrer Versammlung vom 15. Januar in Oerlikon den Empfehlungen von Bundesrat und Parlament.

Autobahn-Vignette (140 Ja/24 Nein)	JA
Pauschale Schwerverkehrsabgabe (123 Ja/39 Nein)	JA
Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (103 Ja/63 Nein)	JA
Alpen-Initiative (19 Ja/149 Nein)	NEIN
Revision des Luftfahrtgesetzes (einstimmig)	JA

FDP

Vorerst Partnerschaft, später mögliche Mitgliedschaft

Die atlantische Allianz kann gegenwärtig ihren Sicherheitsschild nicht nach Osten ausdehnen. Die jungen aus der kommunistischen Konkursmasse hervorgegangenen osteuropäischen Demokratien müssen sich vorerst mit «Partnerschaft für den Frieden» statt Mitgliedschaft als Versicherung gegen russische Unwägbarkeiten zufriedengeben.

◉ Jacques Baumgartner

Diese Partnerschaft soll die Fundamente der Demokratie festigen, wie sich Bill Clinton auf dem Nato-Gipfeltreffen in der zweiten Januarwoche in Brüssel ausdrückte. Laut dem amerikanischen Präsidenten kann die Partnerschaft zu einem späteren Zeitpunkt in eine Mitgliedschaft münden.

Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Osteuropa und dem Ableben der Sowjetunion war von vielen im Westen das Verteidigungsbündnis als überflüssig erklärt worden. Heute ist die Schlange der Beitrittsanwärter so lang wie noch nie zuvor. Die ost-/mitteleuropäischen Staaten bangen um ihre Sicherheit und drängen um Aufnahme, so vorab Polen, Ungarn, Tschechien, die Slowakei und die baltischen Staaten (Estland, Lettland, Litauen).

Hintergrund der Beitrittsbegehren ist, dass Russland dereinst, wenn die wirtschaftliche Gesundung gelingt, zu seiner traditionellen imperialen Aussenpolitik zurückfinden wird. Von Warschau bis Sofia wird registriert, dass sich heute russische Armeen im «nahen Ausland» tummeln und als Ordnungsmacht auftreten.

Aus der Sicht der Ost- und Mitteleuropäer dürfte sich das offene Fenster der politischen Möglichkeiten, um langfristig der russischen Vorherrschaft zu entkommen, bald schliessen. Möglicherweise hat es sich bereits geschlossen.

Erweiterung kostet

Die Nato hat «grundsätzlich» nichts gegen einen Beitritt ehemaliger Mitglieder des Warschauer Paktes. Aber Sicherheitsgarantien für die ost-/mitteleuropäischen Staaten sind gegenwärtig und in unmittelbarer Zukunft illusorisch, weil innenpolitisch in den sechzehn Nato-Mitgliedstaaten gar nicht durchsetzbar:

Eine Erweiterung ginge enorm ins Geld. Die Beitrittskandidaten wären angesichts ihrer desolaten Volkswirtschaften derzeit kaum in der Lage, einen nennenswerten Beitrag zu leisten. In den Nato-Staaten ist zudem keine politische Willensbildung für mehr Verteidigungsausgaben sichtbar und in nächster Zeit nicht absehbar. Westeuropa ist rezessionsgeplagt. Das Heer der Arbeitslosen übersteigt bereits zwanzig Millionen.

Die Nato sicherte mit amerikanischer Beteiligung mehr als vierzig Jahre erfolgreich die Freiheit Westeuropas und eine über tausend Kilometer lange Grenze. Eine Ausdehnung der Sicherheitsgarantie auf Ost-/Mitteleuropa verlängerte die Verteidigungslinie auf fast dreitausend Kilometer. Die Erweiterung verschöbe das Machtgleichgewicht möglicherweise mit fatalen Folgen für die von (Ultra-)Nationalisten, Faschisten bedrängten russischen Reformer um Präsident Boris Jelzin.

Bedrohung?

Laut Jelzin schadete ein Einbeziehen ehemaliger Warschauerpaktaaten den strategischen Interessen Russlands, beeinträchtigte die Aussichten auf Ver-

söhnung mit dem Westen, handelte sich die Nato die Gegnerschaft Russlands ein. Der russische Präsident musste bei der Regierungsbildung bereits Zugeständnisse den konservativen Kräften machen, denn die Nationalisten/Kommunisten erhalten Zulauf.

Aber auch Reformer sind gegen eine Nato-Mitgliedschaft ehemaliger Sowjetblockstaaten. Sie argumentieren, unter den Russen «überwiege das Gefühl», dass im Falle einer Nato-Aufnahme von osteuropäischen Staaten Russland ausgeschlossen bleibe, selbst nicht mit einem Beitritt rechnen könne. Ein Grossteil der russischen Bevölkerung werde das geographische Näherrücken der Nato als eine herannahende Bedrohung ansehen.

Russland akzeptierte eine Nato-Osterweiterung nur, wenn es mit eingeschlossen und sich das Bündnis zu einem System kollektiver Sicherheit wandle, heisst es aufschlussreich in einem Bericht des russischen Auslandsnachrichtendienstes.

Von der Nato wird im Grunde verlangt, dass sie ihre Identität preisgibt und in politisch-militärische Ohnmacht versinkt. Die Nato ist nicht bloss Verteidigungsbündnis, sondern auch eine Wertegemeinschaft der westlichen Demokratien.

Gemäss der russischen Geheimdienststudie entstände «mit einer ost-mitteleuropäisch erweiterten Nato die grösste militärische Gruppierung der Welt, die über ein kolossales Angriffspotential (in Stellungen in der Nähe der russischen Grenzen) verfügte». Das machte eine «grundlegende (kostspielige) Revision» der gegenwärtigen militärischen Dispositionen notwendig, was Unzufriedenheit in Armeekreisen hervorrufen könnte.

Der Auslandsnachrichtendienst sieht auch Gefahr (bei

einer Nato-Osterweiterung) in bezug auf die «zwischenstaatlichen Grenzen im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges». Der in den Abmachungen der Europäischen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) von 1975 fixierte Status quo sei schon «nicht mehr wirksam oder zumindest abgeschwächt».

Es gibt westliche Sicherheitsexperten, die eine härtere Haltung gegenüber Russland empfehlen, um den in den dreissiger Jahren gegenüber Nazi-Deutschland gemachten Fehler nicht zu wiederholen.

Die damalige Beschwichtigungspolitik des Westens führte in die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges. Es müsse verhindert werden, dass Russland in Europa erneut (seine) Interessensphären schafft. Ost-/Mitteleuropa könne nicht in einem sicherheitspolitischen Schwebezustand verharren, weshalb eine Nato-Mitgliedschaft osteuropäischer Staaten auch im Interesse Russlands liege.

Amerikanische Vorstellungen

Nach amerikanischen Vorstellungen wird die Partnerschaft für den Frieden einen «Rahmen für beträchtlich erweiterte politische und militärische Kooperation bieten»:

Die USA möchten, «dass die Partner Seite an Seite mit Nato-Mitgliedstaaten planen, ausbilden und üben». Dank der Partnerschaft werde die Nato ihre Stärke, Geschlossenheit und «ihre unlösbaren Bande über den Atlantik hinweg verbessern». In diese «Vision» passt nicht, dass Frankreich und Grossbritannien in der Nato Luftangriffe gegen Serbien befürworteten, im Uno-Sicherheitsrat dagegen als Mahner und Bremser auftraten...

Daniel Stolz: mit 18 in die FDP

Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?

Dass die meisten Menschen den Willen zur Freiheit und Selbstverantwortung noch nicht verloren haben.

Was bereitet Ihnen die grössten Sorgen?

Der in allen Bereichen aufstrebende Fundamentalismus bereitet mir die grössten Sorgen.

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Die wichtigste Erfindung ist für mich das Rad, die unwichtigste der Game-boy.

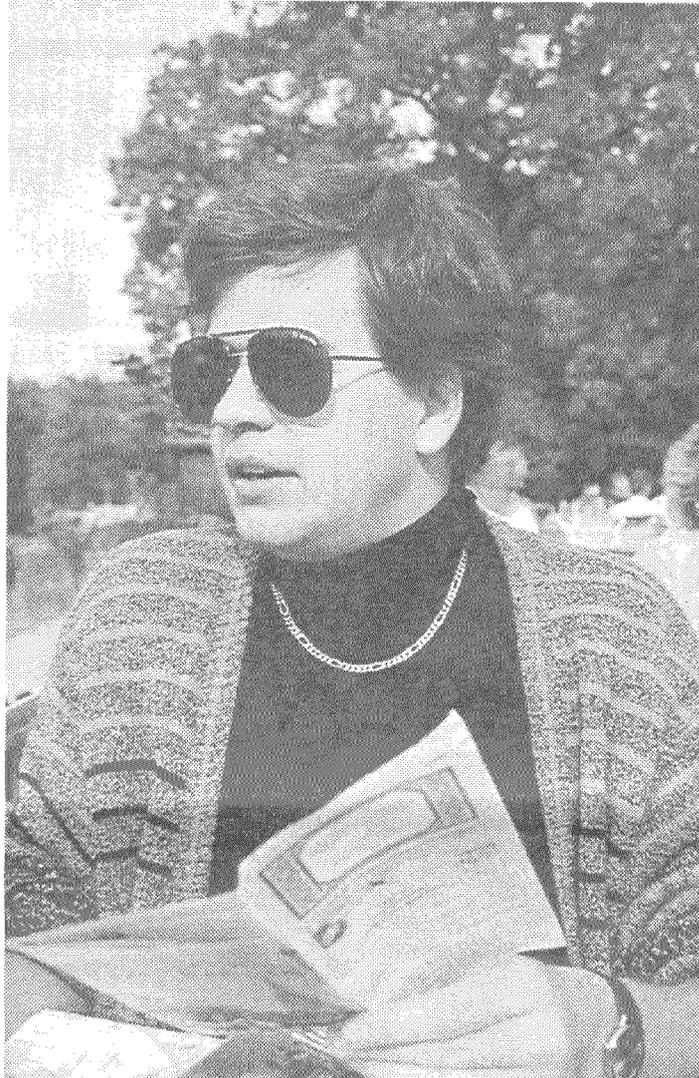
Was lieben Sie an der Schweiz?

Ich liebe ihre Vielfalt.

Was missfällt Ihnen an der Schweiz?

Eine gewisse Igelmentalität und dass viele glauben, «am Schweizer Wesen soll die Welt genesen».

Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russells einverstanden erklären: «Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über die Minderheiten möglich»?



Daniel Stolz kann nicht gut Nein sagen, wenn es gilt, etwas Politisches zu erledigen.

So nicht. Neue Lösungsansätze werden immer von Minderheiten entwickelt, doch um diese Lösungsansätze umsetzen zu können,

muss die Minderheit zur Mehrheit werden.

Warum sind Sie bei der FDP?

Weil die FDP am ehesten in der Lage ist, einem prononciert liberal Denkenden eine politische «Heimat» zu bieten.

Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker, wem würden Sie ihn verleihen?

Schwer zu sagen! Warum nicht Segni, dem grossen, integren Referendumspolitiker aus Italien? Wie er sich allerdings als Ministerpräsident bewähren würde, weiss ich nicht.

Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?

Wenn die Glaubwürdigkeit der Aussagen dokumentiert wird, indem diese Aussagen mit dem Handeln übereinstimmen.

Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?

Gleichwertigkeit der Frauen und Männer, ohne Gleichmacherei. Das gilt auch für viele andere Gebiete wie z. B. Rassen, Religionen, Völker, Abstammung, sexuelle Orientierung usw.

Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre persönliche Stärke?

Meine Schwäche ist, dass ich nicht gut Nein sagen kann, wenn es darum geht, etwas (Politisches) zu erledigen. Meine Stärken kann ich schwer beurteilen, das überlasse ich lieber anderen.

Was tun Sie, um sich fit zu halten?

Lange Spaziergänge, wobei das eindeutig zu wenig ist!

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Richtig, d. h. nicht falsch, singen können und Klavier spielen.

Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?

Christoph Blocher, vielleicht kann ich dann seine Positionen und Handlungsweisen nachvollziehen! ■

KURZBIOGRAPHIE

Daniel Stolz

Alter: 25

Berufliche Stationen: Nach diversen Schulen Ausbildung zum eidgenössischen Chemielaboranten analytischer Richtung. Heute spezialisiert auf dem Gebiet der Industriegiene.

Politischer Werdegang: 1986 Beitritt zu den Jungfreisinnigen Basel-Stadt (JFBS), danach Basler FDP. 1987 bis Ende 1990

Delegierter der JFBS bei der JBS. Ab Anfang 1990 Mitglied des Vorstandes der JBS. Von Ende 1990 bis Ende 1992 Mitglied des Zentralvorstandes der JBS. Ab Anfang 1992 Mitglied des Delegiertenrates der FDP der Schweiz. Ab Anfang 1992 Mitglied der Geschäftsleitung der Basler FDP. Ab Anfang 1993 Präsident der JFBS.

Liebste Tätigkeit: Lesen, gut essen, reisen, vom kulturellen Basel profitieren (leider nur als Konsument). ■

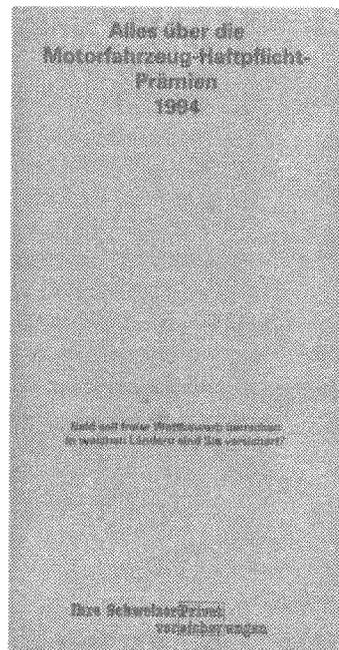
Motorfahrzeug-Haftpflichtprämien

Eine soeben erschienene Broschüre «Alles über die Motorfahrzeug-Haftpflichtprämien 1994» informiert ausführlich über den Aufbau der Motorfahrzeug-Haftpflichtversicherung und die Prämienberechnung.

Der Leser erfährt, warum die Prämien per 1994 für die Personwagen und für die Nutzfahrzeuge (Lastwagen, Traktoren usw.) trotz Teuerung unverändert bleiben; warum die meisten Motorradhalter achtzig Prozent der Grundprämien 1993 zurück erhalten und warum die Töff-Prämien per 1994 auf das Niveau von 1992 gehoben werden.

Die Broschüre enthält auch Graphiken über die Prämien-, Preis- und Kostenentwicklung sowie eine farbige Karte jener Länder, in denen die Schweizer Haftpflichtversicherung gilt; sie ist um Angaben über die Grüne Karte und andere Vorschriften ergänzt, die in gewissen Ländern zu beachten sind.

Ein Kapitel ist der Prämienfreigabe (Deregulierung) gewidmet, welche die von gegen vier Millio-



nen Fahrzeughaltern getragene Haftpflichtversicherung in absehbarer Zeit auf neue Grundlagen stellen wird.

Die Broschüre kann gratis bei der HMV (Schweizerische Vereinigung der Haftpflicht- und Motorfahrzeug-Versicherer), Genferstr. 23, 8002 Zürich, bezogen werden. Sie wird auch von den Versicherungsgesellschaften gratis abgegeben.

Förderung der wissenschaftlichen Forschung

Forschungs- und Entwicklungspartnerschaft zwischen öffentlichen Forschungseinrichtungen und der Privatwirtschaft bewährt sich: Nach fünfzigjähriger erfolgreicher Tätigkeit ist die Kommission zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (KWF) das zentrale Instrument der schweizerischen Technologiepolitik und des staatlich geförderten Know-how-Transfers.

kuf/cers. Am 6. August 1943 legte der Bundesrat im Rahmen der Arbeitsbeschaffungsmassnahmen den Grundstein für die staatliche Förderung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten mit konkreten wirtschaftlichen Zielsetzungen. Für die Begutachtung der Projektvorschläge wurde eine Kommission eingesetzt, der Vertreter der Bundesverwaltung, der Privatwirtschaft

und der Wissenschaft angehören. Diese Kommission zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung ist das älteste Instrument der Forschungsförderung in der Schweiz. In den heutigen Zeiten des rasanten industriellen und technologischen Wandels und härtester Konkurrenzbedingungen auf den Weltmärkten bildet sie als Schlüsselinstrument der zielgerichteten Förderung von

Frau und Versicherung

1. Säule, 2. Säule, 3. Säule, Unfall, Krankheit, Haftpflicht, Auto, Hausrat, Diebstahl: Begriffe aus dem undurchsichtigen Versicherungsdschungel. Der Durchblick fällt schwer. Frauen fällt er besonders schwer. Denn Frauen sind in diesem Versicherungsdschungel benachteiligt. Vor allem Hausfrauen und Mütter, die nach unseren Gesetzen nicht berufstätig sind.

mit zwei Kindern, die nicht berufstätig ist. Sie fragt, weil ihre Kollegin, zwar ebenfalls Mutter, aber berufstätig, ihre 3. Säule im Gegensatz zu ihr von der Steuer abziehen darf. Solche Beispiele werden im Ratgeber «Frau und Versicherung» im Detail erläutert. Fragen zu allen Versicherungsbereichen kommen vor:

- Weshalb nichtberufstätige Mütter eine private Unfallversicherung benötigen.
- Wie Frauen, die vor der Scheidung stehen, künftig an der beruflichen Vorsorge ihres Mannes beteiligt bleiben.
- Was Frauen vorkehren müssen, um Übersicht über ihre AHV-Beiträge zu gewinnen.
- Wann der Versicherungsschutz zur Überversicherung wird und vieles andere mehr.

Mit dem «annabelle»-Ratgeber «Frau und Versicherung» wird ein Buch vorgelegt, das es in dieser Form noch nicht gibt. Es vertieft die gleichnamige Serie in der «annabelle» vom Herbst 1993.

annabelle / Georges Wüthrich (Hrsg.): Frau und Versicherung. Tips, Beispiele, Ungerechtigkeiten. 116 Seiten, broschiert, Fr. 24.80.



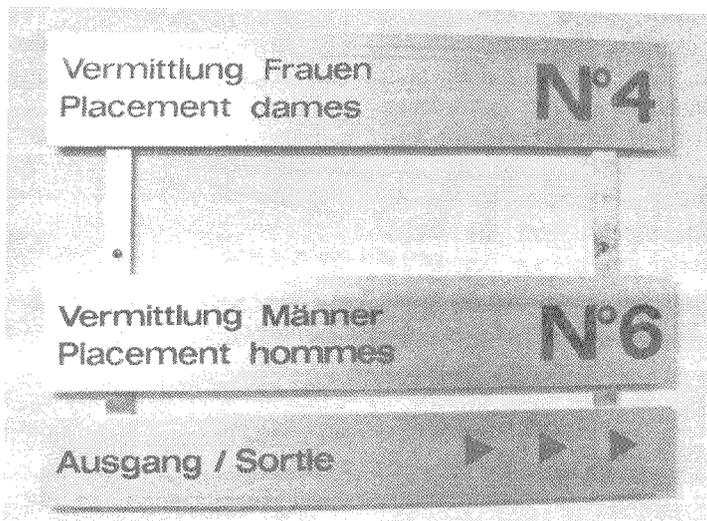
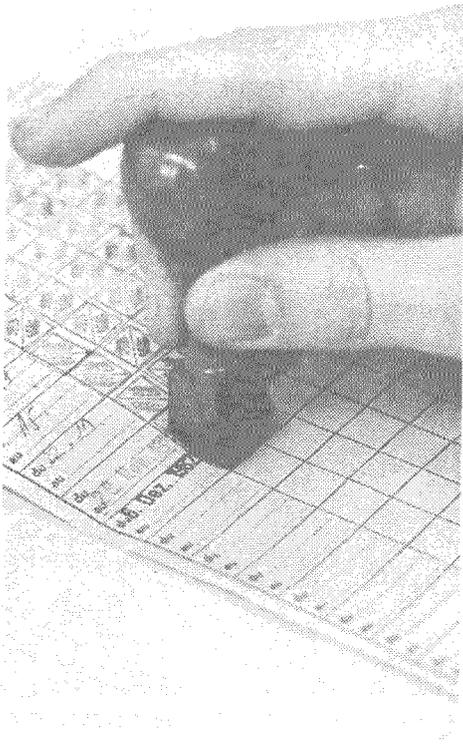
Weshalb kann ich meine Lebensversicherung nicht von der Steuer abziehen? Das ist die berechnete Frage einer Hausfrau

Forschungs- und Entwicklungsprojekten, die gemeinsam von Hochschulinstituten und Forschungseinrichtungen der Privatwirtschaft definiert und durchgeführt werden, eine der tragenden Säulen der schweizerischen Technologiepolitik. Die Kommission ist dem Bundesamt für Konjunkturfragen (Bfk) des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements (EVD) angegliedert und wird von dessen Direktor, Prof. Dr. oec. Hans Sieber, präsiert.

Aus Anlass des fünfzigjährigen Bestehens der Kommission zur Förderung der wissenschaftli-

chen Forschung ist durch das Bundesamt für Konjunkturfragen eine illustrierte Schrift (in deutscher und französischer Sprache) herausgegeben worden, in der aus verschiedenen Gesichtspunkten die KWF-Förderungstätigkeit gewürdigt, Schwerpunkte der Förderung dokumentiert und Einblicke in einzelne Projekte vermittelt werden.

Die Schrift «50 Jahre KWF» kann kostenlos beim KWF-Sekretariat, Monbijoustrasse 28, Postfach, 3001 Bern, angefordert werden. Unter der gleichen Anschrift ist ebenfalls der Tätigkeitsbericht 1992/1993 mit einer Gesamtübersicht über die zurzeit laufenden KWF-Projekte zu beziehen.



Ständerat Ernst Rüschi: «Wem die Sozialwerke am Herzen liegen, Sorge mit Masshalten für einen gesunden Staatshaushalt.»

(Photos Keystone)

Wie retten wir den Sozialstaat?

Die europäischen Sozialstaaten sind alle in Finanznot. Die Schuldenlast steigt von Jahr zu Jahr. Die Schweiz ist leider auch in dieser Beziehung kein Sonderfall mehr. Wenn wir nicht auf Kosten späterer Generationen leben wollen, dann müssen wir den Schuldenberg heute abtragen oder zumindest nicht noch höher werden lassen. Auch zur Erhaltung unserer Sozialwerke müssen wir bei der Übernahme neuer Staatsaufgaben äusserste Zurückhaltung üben.

Ständerat
Ernst Rüschi (SG)

Für den Eintritt in die Europäische Währungsunion hat die EU sogenannte Konvergenzkriterien festgelegt. So darf die jährliche Neuverschuldung des Staates

nicht mehr als drei Prozent des Bruttoinlandproduktes (BIP) sein. Dies war einmal der Durchschnitt der EU-Länder. Inzwischen ist dieser auf 6,3 Prozent angewachsen.

Italien hat ein Defizit von 10,4 Prozent des Bruttoinlandpro-

duktes (BIP), Griechenland gar von 13 Prozent. Mit der Schuldenlast steigt die Zinslast. In Deutschland sind die Zinsen bereits der zweitgrösste Ausgabenposten. Bis zum Jahr 1997 sollen die Zinsen auf 23 Prozent der Staatsausgaben anwachsen.

Mit den wachsenden Schuldenbergen leben Europas Länder auf Kosten der nächsten Generation.

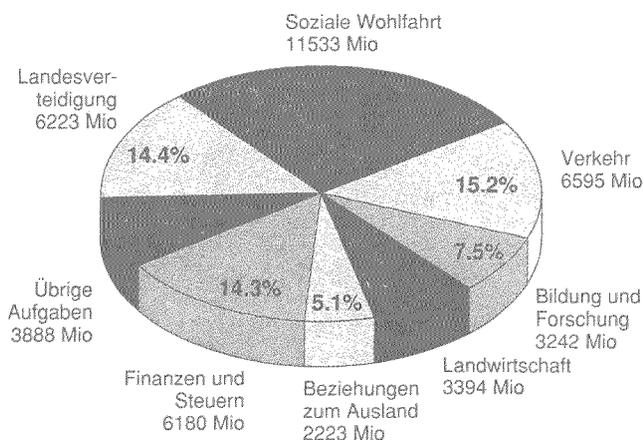
Steigende Staatsschulden

Bis 1990 war die Schweiz ein Sonderfall. Während längerer Zeit konnten wir von den alten

Schulden jedes Jahr etwas abtragen. Das Parlament war in der guten Zeit aber zu ausgabenfreudig. Als zu Beginn der neunziger Jahre das Pendel zurückschlug, stiegen die Defizite galoppierend an. Sie betragen für die nächsten Jahre ohne besondere Massnahmen sieben bis acht Milliarden Franken.

Somit steigt auch unsere Staatsschuld rasch an. 1997 werden wir zehn Prozent der Bundesausgaben für die Zinsen verwenden müssen. Die bisherigen Sanierungsmassnahmen genügen nicht. Es bleibt immer ein Defizit von jährlich rund vier bis fünf Milliarden Franken.

Übersicht über die ausgabenstärksten Aufgabengebiete



Ständerat Ernst Rüesch: «1997 werden wir zehn Prozent der Bundesausgaben für die Zinsen verwenden müssen.» (Photo ruti)

Sozialwerke

Besonders stark angestiegen sind die Ausgaben für die Sozialversicherung. Heute wird jeder vierte Bundesfranken für die soziale Wohlfahrt verwendet.

Ein Blick in die Zukunft zeigt für unser grösstes Sozialwerk, die AHV/IV, ein düsteres Bild. Weil die AHV nach dem Umlageverfahren finanziert wird, müssen mit der Überalterung der Bevölkerung immer weniger Arbeitende für immer mehr Rentner bezahlen. Nach der Jahrtausendwende wird in der AHV-Rechnung ein Milliardenloch klaffen, das sich jährlich vergrössern wird.

Wir sind stolz auf unsere Sozialwerke, und wir möchten sie heute und morgen erhalten. Wer aber in der heutigen Finanzlage und im Blick auf die wachsenden Kosten der Überalterung noch nach neuen Sozialwerken ruft, gefährdet das Erreichte!

Wenn wir das Erreichte erhalten wollen, müssen wir in der Übernahme neuer Staatsaufgaben äusserste Zurückhaltung üben.

Masshalten

Wenn es uns nicht gelingt, die rasende Verschuldung zu stoppen, werden wir ins europäische Mittelfeld absinken. Das Vertrauen in den Standort Schweiz wird

schwinden, was für unsere Wirtschaft schwere Schäden mit sich bringen dürfte.

Sollten wir versuchen, mit neuen Steuern und Lohnprozenten der Verschuldung zu begegnen, so werden Steuerwiderstand und Schattenwirtschaft zunehmen. Die Verteuerung der Ar-

beitsplätze führt zu einem Abwandern der Wirtschaft vom nochmals teurer gewordenen Standort Schweiz weg ins Ausland.

Wer soll dann die Sozialwerke finanzieren? Wem die Sozialwerke am Herzen liegen, der sorgt mit Masshalten für einen

gesunden Staatshaushalt, der eine wesentliche Rahmenbedingung für einen Wiederaufschwung der Wirtschaft bedeutet.

Neue Forderungen an den Leistungsstaat

Obwohl uns die Schuldenlast grosse Sorge bereitet, wird vom Leistungsstaat immer mehr verlangt. Allein in den letzten drei Monaten waren es folgende 14 Forderungen – alle mit Kostenfolgen natürlich:

1. Verfassungsmässiges Recht auf Existenzsicherung: Die Nationalratskommission für Sicherheit und Gesundheit gibt den Auftrag, eine Initiative zu formulieren. Geschätzte Kosten: 10 Milliarden Franken jährlich.
2. Rasche Einführung der Mutterschaftsversicherung: Forderung von Gewerkschaften und Verbänden.
3. Einheitliche, nach oben nivellierte Kinderzulagen in der ganzen Schweiz: Annahme eines Vorstosses im Nationalrat.
4. Unterstützung der Kantone im Unterricht in der Zweitsprache: Forderung des Forums zweite Sprache.
5. Einsatz von Bundesmitteln für die Integration der Ausländer: Forderung der Eidgenössischen Kommission für Ausländerprobleme.
6. Massive Erhöhung der Beiträge zur ausser-schulischen Jugendarbeit: Forderung der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV).
7. Massive Erhöhung der Bundesbeiträge für die Schulen für Sozialarbeit: Anträge in der Budgetdebatte in beiden Räten.
8. Beteiligung des Bundes an der Sozialhilfe der Kantone und Gemeinden: Forderung der

Schweizerischen Konferenz für öffentliche Fürsorge (SKöF).

9. Sofortiger Beginn von Entschädigungszahlungen an die Greina-Gemeinden infolge Verzichts auf den Kraftwerksbau: Forderung der Stiftung für Landschaftsschutz.

10. Schaffung eines Bundesamtes für Gleichstellung: Forderung von Bundesrätin Dreifuss.

11. Schaffung eines Bundesamtes für Sport: Motionen in beiden Räten.

12. Schaffung umsteigefreier Verbindungen zwischen Normal- und Schmalspurbahn: Vorstoss im Ständerat.

13. Massive Verstärkung der Entwicklungshilfe: Leitbild Nord-Süd im EDA.

14. Mehr Mittel für die Forschung: Forderung des Schweizerischen Wissenschaftsrates.

Welches sind die nächsten Forderungen?

Ständerat Ernst Rüesch, St. Gallen

PRO

Solidarität

Die Alpeninitiative ist das erste Volksbegehren aus dem schweizerischen Berggebiet. Menschen verschiedener Volksschichten und Herkunft aus den Kantonen Wallis, Graubünden, Tessin und Uri ersuchen Sie um Unterstützung in den Bemühungen um die Erhaltung einer intakten, gesunden und lebenswerten Umwelt.

Im Februar 1994 können wir darüber befinden, ob der ausländisch dominierte, umweltschädigende Transitschwerverkehr zwingend auf die Schiene verlagert werden soll.

Seit dem 13. Jahrhundert ist der Gotthard Geschäft und Politikum. Vielleicht hat auch das Wissen um den Gotthard, um seine strategische Lage und wirtschaft-

lichen Vorteile damals das Selbstbewusstsein der Waldstätter gestärkt und sie ermutigt, den Grundstein zu unserer heutigen Schweiz zu legen.

Neat

Mit dem Neat-Entscheid wurde der Wille des Volkes und der Transitvertrag mit der Europäi-

schen Gemeinschaft erfüllt. Der Gotthard bleibt bedeutungsvoll. Trotz Rezession benutzen durchschnittlich 2500 Lastwagen täglich die Gotthardroute. Die Tendenz ist steigend; bereits im ersten Trimester des laufenden Jahres verzeichnen wir eine Zunahme von sieben Prozent.

Dass diese Situation ihre Spuren in immer unerträglicherem Masse im Kanton Uri hinterlässt, ist eine Tatsache. Leider wurde es vom Bund versäumt, den Entscheid für eine Neat durch verkehrspolitische Massnahmen zu flankieren. Man muss die schlechte politische Akzeptanz der Neat in unserem Kanton vor allem unter diesem Gesichtspunkt betrachten.

Mit der Unterstützung der Alpeninitiative tragen wir entscheidend dazu bei, die bisherig einseitige Bevor-

zugung des Strassen-schwerverkehrs zugunsten eines ökologisch sinnvollen Transportsystems zu beenden.

Bitte

Als Bewohner eines ökologisch sensiblen Alpenkantons gelangen wir daher mit der Bitte an alle «Freisinn»-Leserinnen und -Leser, die Alpeninitiative mit allen Kräften und Möglichkeiten zu unterstützen.

Für die Unterstützung und Solidarität danken wir aufrichtig.

*Lucia Baumann, Landrätin
FDP, Altdorf*

*Maria Baumann, Landrätin
FDP, Wassen*

*Dr. Gabi Huber, Landrätin
FDP, Altdorf*

*Dr. Walter Zwyssig, Landrat
FDP, Schattdorf*

CONTRA

Kein Zwang

Zusammen mit Europa müssen wir Mittel und Wege finden, um das Ziel der Alpeninitiative, die Verlagerung des Transitverkehrs von der Strasse auf die Schiene, mit anderen Mitteln zu erreichen.

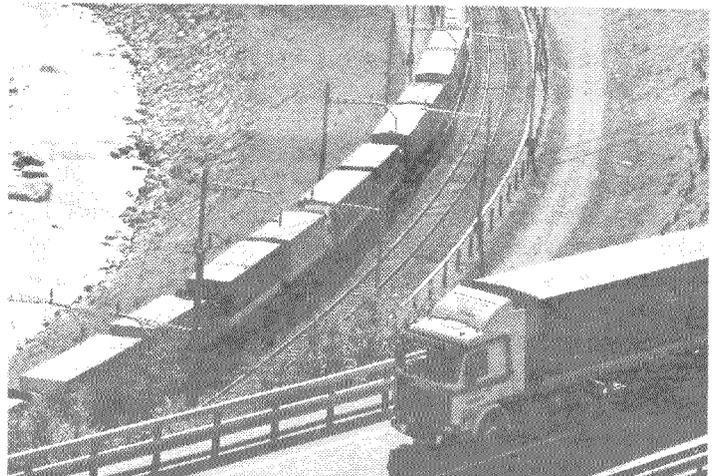
Die Schweiz ist ein Transitland und wird es bleiben. Während Jahrhunderten haben wir von dieser Tatsache Nutzen gezogen, und sie hat der Schweiz in Europa eine weit grössere Bedeutung zukommen lassen, als dies vom geographischen Ausmass her der Fall gewesen wäre. Unbestritten ist aber auch, dass die Nachteile des Transitverkehrs heute viel stärker ins Gewicht fallen, als dies vor Jahren oder gar Jahrzehnten der Fall war.

Vor allem seit dem Bau des Gotthard-Strassentunnels hat sich eine zusätzliche Verlagerung von der Schiene hin zur Strasse ergeben. Die negativen Seiten des Gütertransportes auf der Strasse haben ein Ausmass erreicht, das für die direkt betroffenen Regionen unseres Landes nicht mehr akzeptabel ist. So betrachtet, ist die Alpeninitiative verständlich,

und es kann kaum überraschen, dass diese Initiative über alle politischen Fronten hinweg in den direkt betroffenen Regionen eine grosse Unterstützung findet.

So einleuchtend die grundsätzlichen Anliegen der Alpeninitiative aber sind, so gefährlich wären bei ihrer Annahme die verkehrspolitischen und vor allem die integrationspolitischen Folgen für unser Land und seine Verkehrspolitik.

Bundesrat und Parlament und seit der Abstimmung über die Neat auch die Mehrheit des Volkes haben die Prioritäten für den alpenquerenden Transitverkehr eindeutig bei der Schiene gesetzt. Namentlich die bevorstehende Realisierung der neuen Alpentransversale wird die technischen Möglichkeiten schaffen,



Die Schweiz ist ein Transitland. Die Nachteile fallen heute stärker ins Gewicht als früher. (Photo Keystone)

den zu erwartenden Verkehr auch zu bewältigen. Demgegenüber sind die beiden Huckepackkorridore am Gotthard und am Lötschberg als Sofortmassnahmen zu betrachten. Nun mag man einwenden, wenn schon die Voraussetzungen geschaffen werden, müssten die Transporte dieses neue Bahnsystem auch benutzen. Hier gehen die Vorstellungen der Initianten und jene des Bundesrates und des Parlamentes auseinander. Auf der einen Seite der Zwang zur Verlagerung auf die Schiene, auf der anderen das Schaffen der erforderlichen Voraussetzungen, damit sich diese Verlagerung ergibt. Mit der Annahme der Alpeninitia-

tive würde das mit der EU abgeschlossene Transitabkommen mindestens teilweise hinfällig. In Neu- und Nachverhandlungen wäre ein Abkommen, das die zwangsweise Verlagerung von der Strasse zur Schiene zum Inhalt hätte, undenkbar. Oder, anders gesagt, wir müssten unter anderem unsere Strasse für die europäischen 40-Tonnen-Lastwagen öffnen. Das wollen wohl die Initianten am allerwenigsten.

Ein erneuter Alleingang unseres Landes müsste zwangsläufig zu Gegenmassnahmen führen, die wir zurzeit alles andere als gebrauchen können.

*Christian Wanner,
Nationalrat FDP, Messen SO*

DAS TOP-ANGEBOT FÜR FDP-LESER(INNEN)

Ein «Alles-inklusive-Urlaub» im schönen Salzburger Land

Erleben Sie im Hotel Krallerhof, Leogang, was wahre Gastfreundschaft bedeutet: Sich rundum verwöhnen zu lassen, das Leben so richtig zu geniessen! In einer Atmosphäre der Herzlichkeit, des Charmes und echter Gastlichkeit. Und im einzigartigen «Alles-inklusive-Angebot» für Ferien und Erholung.

«Was heisst denn das?» ... werden Sie vielleicht fragen. Hier die Antwort:

- Wohnen in einem der topausgerüsteten, grosszügigen und gemütlichen Zimmer, in einem der wunderschönen Appartements oder einer der prächtigen Suiten.
- Essen, soviel Sie nur mögen: Vom grossen Schlemmer-Frühstücksbuffet über die verschiedenen Mittagsmenus und Zwischenmahlzeiten, die unwiderstehlichen Desserts bis hin zum fünfgängigen Diner, das keine Wünsche offenlässt.



- Mineralwasser, Fruchtsäfte, Milch, Tee und Kaffee werden rund um die Uhr serviert oder stehen Ihnen an der Bar frei zur Verfügung.
- Hallenbad mit Whirlpool, Erlebnisbad mit grosser Liegewiese im Freien.
- Fitnessraum, 2 Tennisplätze, Mountainbikes (schöne Radwege), Tischtennis, Boccia.
- Tägliche, begleitete Wanderung.

Hexen, das kann aber auch die Familie Altenberger vom «Krallerhof» nicht. Und so können Sie sich zu fairen, leistungsgerechten

Preisen von der Qualität des Weinkellers überzeugen. Oder sich im Beauty-Center (Lancaster- und Maria-Galland-Produkte) pflegen und verwöhnen lassen: Den Friseur aufsuchen. Oder eine Partie Squash spielen. Sich im Solarium bräunen lassen. Oder Dampfbad und Sauna geniessen. Sich fachkundig massieren lassen. Oder vom idealen Ausgangspunkt für Golfer(innen) profitieren (zwei 18-Hole-Plätze innerhalb von 10 km, zehn Golfplätze innerhalb einer Autostunde). Oder auf eigene Faust die schöne Gegend und ihre Sehenswürdigkeiten besichtigen. Träumen Sie also nicht

länger von einem «Alles-inklusive-Urlaub». Kommen Sie doch einfach mal zu uns ins Salzburger Land.

Im Mai, Juni und Oktober offerieren wir Ihnen besonders günstige Konditionen. Verlangen Sie unsere Offerte mit Unterlagen. Sie werden überrascht sein!

Der **Krallerhof** *****

**Familie Altenberger
A-5771 Leogang
Tel. (0043) 65 83 24 60
Fax (0043) 65 83 24 685**



Offerieren Sie mir bitte einen «Alles-inklusive-Urlaub» im «Krallerhof» für die Zeit vom: 1/94

_____ für _____ Personen (Anzahl)

Erwachsene: _____ Kinder: _____ (Alter: _____)

Absender: _____

Korrekturen

Noch vor der Abstimmung vom 28. November 1993 über die Einführung der Mehrwertsteuer hat der Bundesrat den Entwurf zu einer Mehrwertsteuerverordnung in die Vernehmlassung gegeben. Insbesondere in zwei volkswirtschaftlich bedeutenden Punkten fordert die FDP dabei Korrekturen.

Markus René Seiler*

Als unabdingbar erachtet es die FDP, die Erbringung von Dienstleistungen ins Ausland von der Steuerpflicht generell auszunehmen. Denn für Dienstleistungszweige mit ausländischer Kundschaft, vor allem solche auf den Gebieten der Beratung (Anwälte, Ingenieure, Treuhänder usw.) und der Vermögensverwaltung, würde die Unterstellung unter die Steuerpflicht eine erhebliche Benachteiligung gegenüber ihrer ausländischen Konkurrenz bringen, also eine Art «Selbstdiskriminierung».

Gefahr der Abwanderung

Mit einer Abwanderung von Kundschaft ins Ausland müsste gerechnet werden, denn EU-Staaten, in denen wichtige Finanzplätze gelegen sind, wie Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, die Niederlande und Luxemburg, befreien Dienstleistungen an Kunden aus Drittstaaten von der Mehrwertsteuer.

Ein Verlust derartiger Dienstleistungen aber würde nach Überzeugung der FDP die schweizerische Wirtschaft insgesamt schwächen. Dies wiederum stünde im Widerspruch zu den Zielen der Mehrwertsteuervorlage wie auch des bundesrätlichen Programms zur marktwirtschaftlichen Erneuerung mit seinen Forderungen nach Revitalisierung und Deregulierung.

Investitionsloch

Wird die Eliminierung der «taxe occulte» durch Gewährung des Vorsteuerabzugs erst ab dem 1. Januar 1995 wirksam, so wäre mit einem Hinausschieben zahl-

reicher für das Jahr 1994 geplanter Investitionen auf 1995 zu rechnen. Der Übergang von der WUST zur Mehrwertsteuer hätte aller Wahrscheinlichkeit nach einen Investitionsstau zur Folge – dies in einer Zeit der Rezession, in der die schweizerische Volkswirtschaft dringend auf Impulse angewiesen ist. Das Erreichen des mit der Mehrwertsteuervorlage angestrebten Ziels der Schaffung besserer Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und vor allem besonderer Voraussetzungen für einen Konjunkturaufschwung würde in sein Gegenteil verkehrt.

Durch die Verursachung eines «Investitionslochs» im Jahre 1994 würde aber nicht nur die schweizerische Volkswirtschaft tangiert; auch der Bundeskasse würden dringend benötigte Mittel fehlen.

Aus diesen Gründen hat das Parlament im Vorfeld der Abstimmung über die Einführung der Mehrwertsteuer die entsprechende Verfassungsbestimmung erweitert und so ausdrücklich die Möglichkeit des Vorsteuerabzugs geschaffen. Die FDP fordert nun, der Bundesrat möge diesem Beschluss des Parlamentes Rechnung tragen und über grosszügige Übergangsbestimmungen eine Verstetigung der Investitionstätigkeit und damit eine wettbewerbsneutrale Ankurbelung der Binnenwirtschaft sicherstellen, indem er den Vorsteuerabzug für Anlagegüter spätestens auf den 1. Juli 1994 ermöglicht.

Nur mit der Verwirklichung dieser Korrekturen kann die Verordnung zur Mehrwertsteuer ihren Beitrag zur Revitalisierung der schweizerischen Wirtschaft leisten. ■

KOLUMNE

Ein unverträgliches Paar



Das seit 1959 in der Schweiz praktizierte Regierungssystem – Allparteienregierung mit Referendum und Initiative – gewährt den Beteiligten eine beschränkte «Narrenfreiheit», die aber durch Regierungsverantwortung kompensiert werden muss, wenn die politische Handlungsfähigkeit nicht vor die Hunde gehen soll. Die Grenze der parteipolitischen Ungebundenheit zu ziehen war immer schwierig und blieb kontrovers. Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz hat seit der achtundsechziger Bewegung am deutlichsten die Doppelrolle der Opposition und der Regierungsmacht gespielt. Sie musste einerseits die Fundamentalkritik der damals Neuen Linken vertreten und andererseits die Machtbedürfnisse der Funktionäre und aktiven Politiker befriedigen. Diese Gratwanderung begeh auch der heutige Präsident der SPS, Peter Bodenmann, nicht ohne Zynismus und vor allem Hemmungslosigkeit. Die Fundamentalisten auf der Linken sind heute vor allem bei der GSoA und bei den verbliebenen Resten der marxistischen Ideologen zu finden. In wichtigen Fragen steht die SPS weit ab der Regierungspolitik; der linke Flügel hat die Gesamtpartei in weitem Masse auf seine Linie gebracht.

In den Ansätzen zu einer Fundamentalopposition hat die SPS neuerdings unerwartete Gesellschaft am rechten Rand des parteipolitischen Spektrums der Bundesratsparteien erhalten. Die Zürcher SVP und ihr Präsident Christoph Blocher bedienen sich der Rundschnäbel zur parteipolitischen Profilierung. Bereits in der EWR-Kampagne waren die «Politiker» oder «Bundesbern» Zielscheibe undifferenzierter Globalkritiken. Das hat seine Fortsetzung im Zürcher Wahlkampf mit den

«Linken» und «Netten» gefunden, denen pauschale Schuld zugewiesen wurde. In den «Netten» waren offensichtlich alle Politiker der andern bürgerlichen Parteien und der nicht-zürcherischen Kantonalparteien der SVP mit inbegriffen, die sich erdreisteten, eine von Blocher abweichende politische Linie zu verfolgen und gelegentlich im Interesse des Ganzen sogar Kompromisse zu schliessen.

Dieses Inserat war in der Argumentation primitiv, in der Sache falsch und in der Grundhaltung überheblich. Komplizierte und ausserordentlich schwierige Probleme wie etwa die Drogenfrage lassen sich nicht durch simple Schuldzuweisungen und Einfachrezepte lösen; es braucht dazu eine Mehrfachstrategie und die Bereitschaft der Gemeinden, der Kantone und des Bundes zu aktivem Handeln.

Die oppositionelle «Narrenfreiheit» der Regierungsparteien sollte dort eine definitive Grenze haben, wo die Glaubwürdigkeit des Systems in Frage gestellt wird. Pauschalverdächtigungen haben darin so wenig Platz wie die Verneinung von Eckpfeilern der Regierungspolitik. Die Zürcher SVP ist nicht nur Teil einer schweizerischen Bundesratspartei; sie trägt im Kanton Zürich Regierungsverantwortung – und will diese sogar noch erweitern. In seiner Geschichte der sozialdemokratischen Regierungsbeileitung in der Schweiz ist Bernard Degen zum kritischen Schluss gekommen: «Die widersprüchlichen Anforderungen von ausserparlamentarischer Gegenmacht, parlamentarisch-plebiszitärer Opposition und Regierungsbeteiligung lassen sich schwer unter einen Hut bringen.» Von dieser Widersprüchlichkeit kann auch die Zürcher SVP nicht freigesprochen werden. Fundamentalopposition und Regierungsbeteiligung bilden ein unverträgliches Paar.

Alt Nationalrat
Dr. Kurt Müller, Meilen



In der Deregulierungsdiskussion wird nach Bern geschaut. Deregulierung betrifft aber nicht nur den Bund, sondern alle lokalen und kantonalen Gebietskörperschaften. (Photo Stahl)

Gebäudeversicherungen: Ist das Monopol gerechtfertigt?

In der Deregulierungsdiskussion wird grundsätzlich nach Bern geschaut. Deregulierung betrifft aber nicht nur den Bund, sondern alle lokalen und kantonalen Gebietskörperschaften. Gerade auf kantonaler und lokaler Ebene bestehen zahlreiche Privatisierungs- und Deregulierungsmöglichkeiten. Eine Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen setzt demzufolge Massnahmen auf allen staatlichen Ebenen voraus. Mittels einer kleinen Artikelserie werden deshalb in den nächsten Ausgaben des «Freisinns» verschiedene Privatisierungs- und Deregulierungsvorschläge unterschiedlicher staatlicher Ebenen diskutiert.

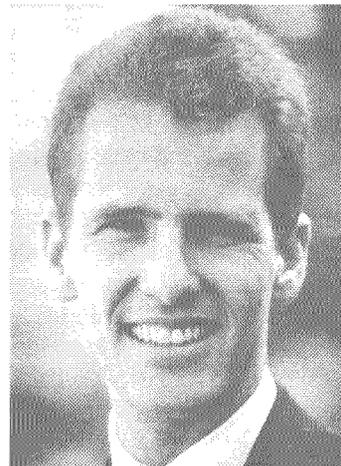
Sven Bradke*

Die ordnungspolitische Abgrenzung zwischen Wirtschaftsfreiheit und Staatsverantwortung wird grundsätzlich nach dem Kriterium des Marktversagens vorgenommen. Besteht ein feststellbares Marktversagen, so könnte

* Leiter Wirtschaft und Öffentlichkeit der Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell, FDP-Präsident der Stadt St. Gallen.

der Staat subsidiär eingreifen und dieses Marktversagen mittels staatlicher Leistungen zugunsten und zulasten der Allgemeinheit beseitigen.

Nicht jede Beseitigung des Marktversagens führt allerdings zum gewünschten Resultat. Die Behebung eines vermeintlichen Marktversagens mittels staatlicher Eingriffe kann wegen des politischen Einflusses der verschiedenen Interessengruppen ohne weiteres zu einer noch



Nicht immer nur nach Bern schauen, wenn es um Deregulierung oder Privatisierung geht, meint Sven Bradke.

schlechteren und noch weniger marktkonformen Situation führen. Aus dem Marktversagen kann so ein verpolitisiertes Staatsversagen werden. Die Beseitigung eines solchen Staatsversagens ist meist wesentlich schwieriger als die Übernahme der Staatsverantwortung bei Marktversagen.

Gebäudeversicherungsmonopole

Im letzten Jahrhundert sind in zahlreichen Kantonen Gebäudeversicherungsmonopole geschaffen worden. Sie haben zum Zweck, mittels einer staatlichen Versicherung die Hauseigentümer vor Feuer- und Elementarschäden materiell zu schützen.

Der Kanton Graubünden führte 1912 als letzter Kanton ein solches Versicherungsmonopol ein, obwohl bereits private Gebäudeversicherungsgesellschaften bestanden. Eine entsprechende Klage auf Verletzung der Handels- und Gewerbefreiheit gegen den Kanton Graubünden führte dabei sogar zu einem Bundesgerichtsentscheid. In seinem Urteil stützte das Bundesgericht die Schaffung des Monopols, sofern es nicht aus fiskalischen Gründen, sondern zum öffentlichen Wohl geschaffen würde. Das Urteil ging aber in seinem Vergleich zwischen einem privaten und einem öffentlichen Anbieter davon aus,

dass kein Versicherungsobligatorium bestünde und somit Gebäude mit hohem Risiko kaum einem Versicherungsschutz unterlägen.

Die Kartellkommission lehnt seit 1971 die Schaffung neuer Gebäudeversicherungsmonopole ab und bezweifelt auch, ob die bestehenden Institutionen überhaupt wettbewerbs- und verfassungskonform sind.

Schliesslich ist, zumindest bei einem Versicherungsobligatorium, kein echtes Marktversagen auszumachen. Wieso soll dann der Staat Funktionen übernehmen, die eigentlich den Privaten überlassen werden sollten? Müsstn die kantonalen Monopolanstalten folglich nicht privatisiert werden?

Preisvergleiche

Die kantonalen Gebäudeversicherungsmonopole werben jeweils mit ihren durchschnittlich tieferen Prämien im Vergleich zu den Privaten sowie mit ihrem (meist gesetzlich verankerten) Beitrag zur Schadensverhütung und -bekämpfung.

Grundsätzlich gilt es dabei zu betonen, dass die 19 kantonalen Gebäudeversicherungsmonopole unter sich, als auch gegenüber den sieben Kantonen mit privaten Versicherern, ganz unterschiedliche Risiken und weit auseinanderklaffende Schadens- und damit auch Prämienätze haben. Da zu den privaten Versicherern beispielsweise die stark Elementarschadengefährdeten Kantone Wallis, Tessin und Uri gehören, hinkt der durchschnittliche Vergleich zwischen öffentlichrechtlichen und privaten Gebäudeversicherern sowie so.

Ein echter Vergleich wäre erst möglich, wenn auf den Märkten der Monopole auch die Privaten anbieten dürften. Zudem müssten die Monopole im Sinne gleich langer Spiesse alle von der Verwaltung zur Verfügung gestellten Mittel und Dienstleistungen zu effektiven Preisen verrechnen und schliesslich auch den gleichen steuerlichen Kriterien unterliegen wie die Privaten.

Wettbewerb contra Monopol

Die Gebäudeversicherungsmonopole bauen auf dem Prinzip der Solidarität auf. Die Gebäude werden zwar in drei bis fünf Risikoklassen eingeteilt, nach denen die Prämien entrichtet werden, eine einzelfallweise Risikoeinschätzung mit entsprechender Risikoprämie findet jedoch nicht statt. Dies bedeutet, dass Hauseigentümer mit hohen Risiken tendenziell durch jene mit kleinem Gefahrenpotential subventioniert werden.

Anders ausgedrückt, es findet ein Ressourcentransfer zwischen Stadt und Land, gefährlichen und ungefährlichen Branchen sowie feuertechnisch sichereren und älteren Gebäuden statt. Dies wiederum bremst den Strukturwandel sowie Investitionen zur Senkung von Gefahren, da die staatliche Abwicklung falsche Signale über das effektive Risiko vermittelt.

Im weiteren lässt der Wettbewerb im Gegensatz zum Monopol kundenorientiertere Lösungen zu. Man denke etwa an den Umfang der Deckung mittels risikogerechter Prämien und variabler Selbstbehalte, die Kündigung des Vertragsverhältnisses

bei schlechtem Service oder auch die Versicherung aller Gebäude bei ein und demselben Unternehmen, was klare Synergievorteile bringen dürfte. Monopole sind hingegen traditionell statisch bei ihrem Dienstleistungsangebot, regional beziehungsweise kantonal begrenzt und meist nur wenig innovationsfreudig.

Europafähigkeit

Ob EWR-Vertrag oder EU-Beitritt, beide Szenarien verlangen auf Grund der dritten Schadensrichtlinie eine Abschaffung der kantonalen Gebäudeversicherungen. Zudem könnte das bilaterale Versicherungsabkommen zwischen der Schweiz und der EU über die Entwicklungsklausel zukünftig vielleicht zur gleichen Forderung führen.

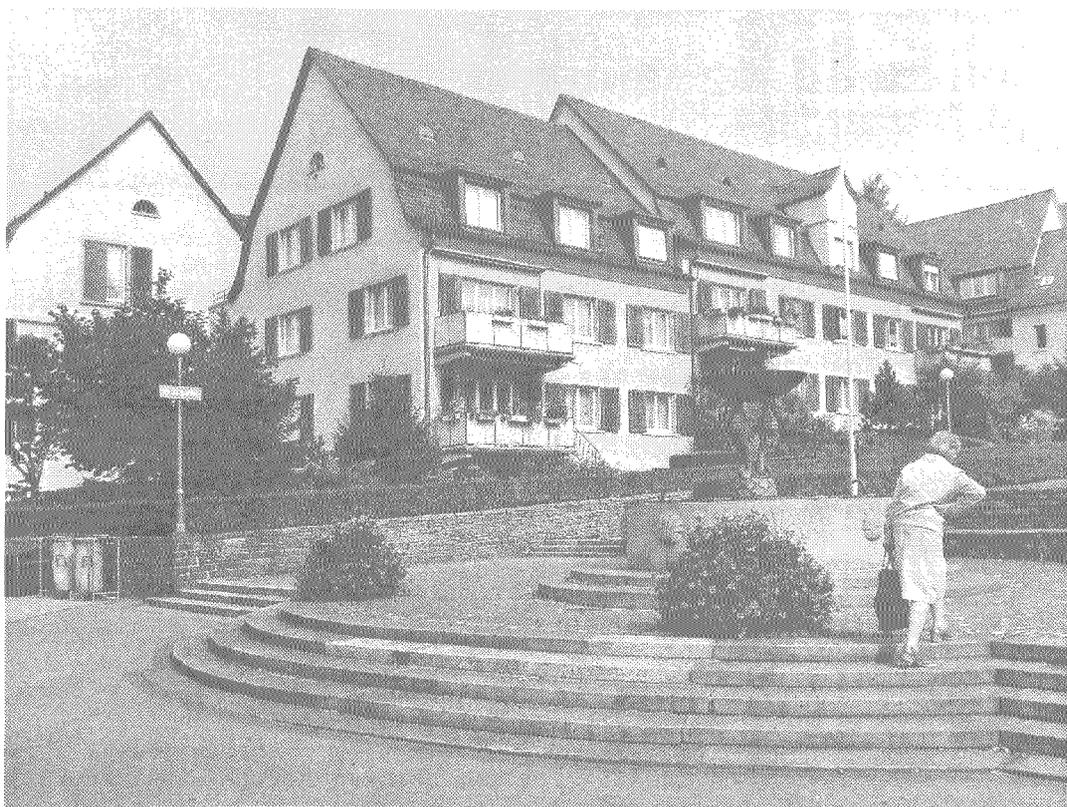
Jene Kantone, welche die Europafähigkeit grosschreiben, müssten sich demnach bald Gedanken machen, wie sie dieses Kriterium erfüllen wollen. Zur Diskussion ständen die Abschaffung des Monopols und die Schliessung der jeweiligen Anstalten oder die Überführung der öffentlichrechtlichen Institute in

privatrechtliche bei gleichzeitiger Öffnung des Marktes für alle potentiellen Anbieter.

Abschaffung staatlicher Monopole

Die kantonalen Gebäudeversicherungsanstalten wären nur ein Beispiel von zahlreichen Monopolen, die grundsätzlich privatisiert werden könnten. Man denke nur an die Polizeimonopole (Kaminfeger-, Schlachthaus-, Kehrriktabfuhr-, Plakataushangmonopole usw.), die Fiskalmonopole (Salzregal, Fischerei- und Jagdmonopole) oder etwa die sozialen Monopole (Hebammen-, Spital-, Energie- und Wasserverteilungsmonopole).

Eine gezielte Verbesserung der schweizerischen Wettbewerbsfähigkeit bedeutet eine permanente Überprüfung staatlicher Regulierungen und Institutionen. Monopole – egal wie alt sie sind – zählen ebenso dazu wie andere staatliche Aufgaben. Potential zur Deregulierung oder Privatisierung ist somit auf kantonaler und kommunaler Ebene genügend vorhanden. Packen wir's an!



In den letzten Jahrhunderten sind in zahlreichen Kantonen Gebäudeversicherungsmonopole geschaffen worden. (Photo Keystone)



Verkehrspolitisch aufs Abstellgleise?

Wir wollen nicht, dass dem Privatverkehr noch mehr geschadet wird.

Deshalb ist am 20. Februar auch Ihre Stimme wichtig!

Schweizerisches Komitee gegen die Alpeninitiative, Postfach 8108, 3001 Bern



Verkehrspolitisch aufs Abstellgleise?

Die Alpeninitiative ist viel zu

EXTREM!

- Sie verletzt internationale Abkommen
- Sie provoziert Vergeltungsmassnahmen
- Sie ist nicht realisierbar

Schweizerisches Komitee gegen die Alpeninitiative, Postfach 8108, 3001 Bern



NEIN zu unrealisierbaren Forderungen

Ohne NEAT und Bahn 2000 lässt sich der Gütertransitverkehr nicht auf die Schiene verlagern. Diese Bauwerke werden aber erst nach Ablauf der von der Initiative geforderten zehnjährigen Frist verfügbar sein.

NEIN zur Isolierung der Schweiz

Die Alpeninitiative verletzt wichtige internationale Verkehrs- und Handelsabkommen. Vergeltungsmassnahmen und eine politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Isolierung der Schweiz wären die Folge.

Daher NEIN zur extremen Alpeninitiative!

Schweizerisches Komitee gegen die Alpeninitiative, Postfach 8108, 3001 Bern

Weichenstellungen

Am 20. Februar 1994 stimmt das Schweizervolk über fünf Vorlagen ab. Drei davon lassen sich unter dem Titel Verkehrsabgaben zusammenfassen. Ferner liegt die Alpen-Initiative vor und die Revision des Luftfahrtgesetzes, gegen das das Referendum ergriffen wurde. Einmal mehr werden wichtige verkehrspolitische Weichen gestellt.

Anna-Marie Kappeler

Bei den Verkehrsabgaben geht es zunächst um die Autobahnvignette, die seit 1985 erhoben wird. Sie ist auf zehn Jahre befristet und soll nun definitiv eingeführt werden. Neu soll sie vierzig statt dreissig Franken kosten.

Gegen diese Vorlage ist praktisch keine Opposition erkennbar. Auch die Delegierten der FDP der Schweiz beschlossen die Ja-Parole. Der Ständerat sprach sich einstimmig für die Weiterführung der Vignette aus. Im Nationalrat wollte eine kleine Minderheit die Vignette mit der Begründung abschaffen, sie sei für die Finanzierung der Nationalstrassen nicht nötig.

Erträge für Strassenzwecke

Festzuhalten ist, dass die Erträge nicht mehr wie bisher der allge-

meinen Bundeskasse zugute kommen sollen, sondern in erster Linie für Strassenzwecke verwendet werden. Dabei erhalten auch die Kantone Beiträge. Eine spätere Anpassung des Vignettenpreises an die Teuerung untersteht dem fakultativen Referendum.

Immerhin rund die Hälfte des Ertrages der Vignette stammt von ausländischen Strassenbenutzern. Diese haben die Vignette inzwischen gut akzeptiert, nachdem die Einführung nicht ganz geräuschlos über die Bühne ging. Im Vergleich mit Frankreich und Italien ist die schweizerische Abgabe denn auch immer noch sehr bescheiden.

Vernünftige Schwerverkehrsabgaben

Zwei Vorlagen betreffen den Schwerverkehr: Bei der pauschalen Schwerverkehrsabgabe handelt es sich um eine Übergangslösung, die bis 2004 befristet ist. Der Bund möchte diese dann in Koordination mit der EG durch eine leistungs- oder verbrauchsabhängige Schwerverkehrsabgabe ersetzen, welche die Verursacher gerechter belastet. Der neue Verfassungsartikel soll den Bund dazu ermächtigen.

Auch hier ist festzuhalten, dass die Erträge nicht mehr in die allgemeine Bundeskasse fliessen, sondern in erster Linie für Strassenzwecke verwendet werden. Auch hier werden die Kantone an den Erträgen beteiligt. Auch hier haben sich die schweizerischen Delegierten der FDP zweimal für die Ja-Parole entschieden.

Zum Nulltarif?

Ein Ja zur pauschalen Schwerverkehrsabgabe auf schweizeri-

schen und ausländischen Lastwagen und Cars und damit ein Ja zur Übergangslösung ist nötig, damit weiterhin eine nach Gewicht abgestufte Abgabe erhoben werden kann. Ohne diese Abgabe könnte die Schweiz zum Nulltarif befahren werden. Umweltpolitisch erwünscht ist, dass die Schwerverkehrsabgabe mithilft, den Transport von Gütern auf der Schiene konkurrenzfähiger zu machen. Die Anpassung an die Teuerung erstmals nach zehn Jahren ist gerechtfertigt.

Ein Ja zu einer verbraucherabhängigen Schwerverkehrsabgabe ist nötig, damit der Bund eine moderne leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe einführen kann: Lastwagen, die viel fahren, zahlen mehr. Damit können die Kosten, welche der Schwerverkehr verursacht, gerechter verteilt werden. Längere Fahrten werden teurer, was wiederum den Anreiz gibt, Leerfahrten zu vermeiden, und was die Schiene konkurrenzfähiger macht.

Alpen-Initiative

Im Abstimmungskampf im Vordergrund steht wohl die Alpen-Initiative. (Siehe dazu die Kontroverse auf Seite 7 in diesem «Freisinn».) Die Initiantinnen und Initianten der Alpen-Initiative wollen das Alpengebiet vor den schädlichen Belastungen des Transitverkehrs schützen. Der alpenquerende Transitgüterverkehr soll innert zehn Jahren auf die Schiene verlagert werden; unumgängliche Ausnahmen sind dabei zulässig. Im Alpengebiet dürften Strassen, soweit sie dem Güter- oder Personentransitverkehr dienen können, nicht mehr gebaut oder ausgebaut werden; davon ausgenommen wären Ortsumfahrungsstrassen.

Für ihre Zielsetzung finden die Initianten weitgehend Verständnis, besonders wenn man an die vom Transitverkehr direkt Betroffenen denkt. Die in der Alpen-Initiative vorgeschlagenen Massnahmen haben jedoch auch die Delegierten der FDP der

Schweiz als zu rigoros zurückgewiesen.

Bundesrat und Parlament weisen zu Recht darauf hin, dass sich die schweizerische Verkehrspolitik bereits seit langem einsetzt für die Erhaltung der Alpentäler als Lebensraum, für die Umlagerung des grenzüberschreitenden Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene. 28-Tonnen-Limite, Nacht- und Sonntagsfahrverbot sowie die vorgesehene leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe sind weitere Stichworte, die belegen, dass die politischen Behörden nicht tatenlos waren.

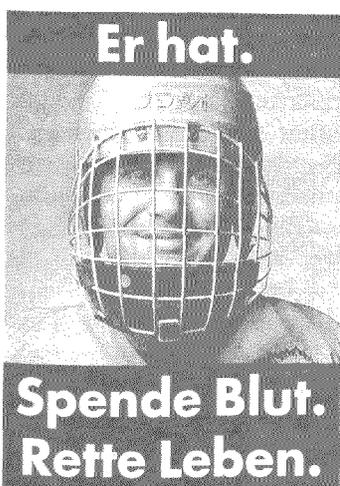
Andererseits muss die Schweiz in ihrem eigenen Interesse ihrer traditionellen Aufgabe als europäische Verkehrsachse auch in Zukunft nachkommen können. Mit der Annahme der Alpen-Initiative würde sie sich jedoch aus dem gesamten europäischen Verkehrsdialog abrupt abmelden.

Luftfahrtgesetz

Zum europäischen Verkehrsdialog gehört auch das Luftfahrtgesetz. Durch eine Revision soll es den heutigen Erfordernissen angepasst werden. Ferner soll eine zeitgemässe und kontrollierte Weiterentwicklung der Zivilluftfahrt ermöglicht werden.

Dagegen wurde das Referendum ergriffen. Die Referendumsführer erachten die vorgesehenen Revisionspunkte – unter anderem könnten den Landes- sowie den Regional- und Schulflughäfen zinsgünstige Darlehen gewährt werden – als Privilegierung der Luftfahrt.

Demgegenüber muss gesagt werden, dass sich auch hier die Schweiz nicht abschotten soll. Der Luftverkehr ist heute sowohl im privaten wie im wirtschaftlichen Leben nicht mehr wegzudenken. Unsere Flughäfen sind lebenswichtige Tore zur Welt. Sollte die Änderung des Luftfahrtgesetzes nicht angenommen werden, so könnten auch zahlreiche unbestrittene Verbesserungen etwa im Bereich der Flugsicherheit und des Umweltschutzes nicht in Kraft treten. Die schweizerischen FDP-Delegierten folgten dieser Argumentation ohne Opposition. ■



Ohne Blut
läuft gar nichts.
Spenden auch Sie.

Geld und Geist, nicht Geld statt Geist sind nötig

Beschämt habe ich den Bericht in der NZZ vom 26. Januar 1994 zur Kenntnis genommen, wo die Bedrängnis der Mitarbeiter und Kunden am Sitz der Migros durch Drogenabhängige beschrieben ist! Was einem in und zwischen den Zeilen entgegenschlägt, ist pure Dekadenz. Natürlich ist zu relativieren und in Rechnung zu stellen, dass eine örtliche Massierung vorliegt – etwa vergleichbar einem Spital, wo auch Elendskonzentration erfolgt. Die Tatsache aber, dass dieser Schauplatz der Dekadenz ausgerechnet im Umfeld des «sozialen Kapitals» beheimatet ist, regt zum Denken und Fragenstellen an, nicht zum Vorwürfmachen, das soll betont sein!

Ist es nicht so, dass die ursprünglichen Duttweiler-Ideen

immer mehr von der Sozialkomponente weg zum urkapitalistischen Manchesterismus degeneriert sind? Ausgerechnet zu jenem Grosskapitalismus, der vor zweihundert Jahren die sozialistischen Modelle provozierte! Heute hat zwischen Grosskapitalismus und Sozialismus die Mittelstandsverdrängung einen Grad erreicht, der zur fast vollständigen «Vermaterialisierung und Veranonymisierung der Arbeitswelt im ersten und zweiten Sektor» führte: Billigkeit, Umsatz und Gewinn letztlich als einzige unternehmerische Handlungsmaximen. Das Resultat ist eine geistige Verarmung, ein breites Desengagement am Arbeitsplatz, ein unbekömmlicher Vermassungsgrad und letztlich selbstzerstörerischer Ausstieg! Die Ver-

suche, diesen Verlust immaterieller, innerer Werte wiederum durch (Sozial)-Geld (der Staat gleitet als Geldumverteiler im grossen Mass auch auf die rein materielle Ebene ab) zu kompensieren, ist von vornherein aussichtslos: Geld und Geist sind nötig, nicht Geld statt Geist!

An diesem «geist- und seelenlosen Kreislauf» dreht das ganze M-Imperium massgeblich, ja sogar tempobildend mit! Es ist deshalb wirklich eine fast tragikomische Ironie des Schicksals, dass die schlimmsten Repräsentanten des Zerfalls der geistigen Werte sich ausgerechnet um den Migros-Sitz zu scharen scheinen.

Dass wir alle in unseren Zwängen hängen und deshalb unser Handeln nicht so einfach umorientieren können, ist mir klar. Aber mindestens bedenken sollten die Verantwortlichen der Migros, ob ihr seelenlos gewordenes, weitgehend mechanistisch-materialistisch entartetes Imperium nicht ernsthaft gefordert ist, den mitverursachten Wertzerfall aufhalten zu helfen: Es nützt wirklich nichts, alle Arbeitsabläufe bis zum letzten Handgriff durchzurationalisieren und am billigsten Auslandstandort einzukaufen, wenn die dadurch bewirkten «Entgeistigungsschäden» am Schluss gesamtwirtschaftlich mehr kosten als die unternehmerisch realisierten Rationalisierungs- und Einkaufsgewinne!

Ganz zum Schluss: Ich bin nicht Philosoph und auch nicht arbeitslos oder sonstwie abgehalfert. Ich bin Volkswirtschaftler mit liberaler Geisteshaltung und bald fünfzig Jahre alt. Angesichts der gegenwärtigen Abläufe sehe ich aber schwarz: Die Grosskonzerne betreiben den Übermaterialismus, und die Sozialgläubigen hoffen, die dadurch bewirkten Schäden (auch Arbeitslosigkeit ist eine Folge dieses Gebarens) wiederum mit Geld beheben zu können. In der Folge

müssen die einen noch mehr Übermaterialismus betreiben, um die Gelder für die noch grösseren Schäden aufbringen zu können. Dieser Teufelskreis (oder Leerlauf) scheint sich ironischerweise in einer ersten Um-drehung augenfällig und ausgerechnet am Limmatplatz zu schliessen...

Verantwortliche, die in Zusammenhängen denken und daraus sich aufdrängende Konsequenzen zu ziehen berufen sind, dürfen nicht zur Tagesordnung übergehen: heute Drogenabhängige am Limmatplatz, morgen von der billigen Auslandversorgung abgeschnittene Hungernde vor jedem Lebensmittelladen verscheuchen: so grimmig können die Konsequenzen des Wegsteckebarens am Schluss aussehen!

Heinrich Wyler, Cham

MUTZLI

Honegger, Schindler, Gutzwiller, Jagmetti, Estermann, von Gunten, Nüesch, Bosshard, Honegger, Küchler, Armani, Cotti – diese imposante Namensliste steht für den Rednermarathon, den der neue Ständeratspräsident Rico Jagmetti (FDP/ZH) und alle seine Gäste an der Ständeratspräsidentenfeier zu erdulden hatten. Was bleibt noch zu sagen, sinnierte als letzter Redner Bundesrat Flavio Cotti, der den engen Bezug des Präsidenten zum Tessin und die markanten Charakterzüge eines Leventiners unterstrich. Der Zunftmeister der Gerberzunft hatte es zuvor im Klartext eines Zünflers gesagt: «Rico, Zürich verdankt dich dem familiären Alpentransit!» Rico Jagmetti selbst präziserte, dass seine Familie von Mairengo TI nicht durch den Gotthard, sondern über Lyon und Buenos Aires nach dem weltoffenen Zürich gekommen sei.

*

«Nachdem wir uns in Wort und Zahlen mit dem Alkohol befasst haben, können wir ihn nun in natura geniessen.» So leitete Ständerats-Vize Niklaus Küchler – mit Blick auf die tags zuvor abgelehnten Zwillingssinitiativen – zum Apéro zu Ehren des neugewählten Präsidenten über. ■

DEM NEUEN AUF DER SPUR.

SULZER®
Technologie schafft Werte

Frauen in der politischen Arbeit unterstützen

Am 27. und 28. Mai 1994 veranstaltet die Schweizerische Vereinigung der Freisinnig-Demokratischen Frauen (SVFF) in Baden eine Tagung zum Thema «Frauen zwischen Familie und Beruf». Dabei ist es den Organisatorinnen gelungen, Prof. Dr. Rita Süssmuth, Präsidentin des Deutschen Bundestages, für das Eröffnungsreferat zu gewinnen.

◆ Madeleine Kuhn-Baer*

Im Januar 1993 hatte die SVFF bereits zu einer grossen Tagung eingeladen. Damals hiess das Thema: «Was ist los mit den freisinnigen Frauen?» Als Hauptreferentin beleuchtete Dr. Sabine Bergmann-Pohl, parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit in Bonn, politische Strategien für Frauen.

Referat von Rita Süssmuth

An der diesjährigen Tagung soll nun das Spannungsfeld «Familie – Beruf – Ehrenamtlichkeit» im Mittelpunkt stehen. Nach der Begrüssung durch SVFF-Präsidentin Franziska Frey-Wettstein, Kantonsrätin aus Zürich, wird Prof. Rita Süssmuth am Freitagabend, 27. Mai, im Gemeinschaftshaus Martinsberg in Ba-

den das Einführungsreferat halten. Anschliessend spricht Anita Calonder-Gerster zum Thema «Qualifizierte Leistungen im Umfeld der Familie – Transfer in die Berufswelt». Eine Podiumsdiskussion mit Fachfrauen aus den Bereichen Familie, Gesundheit, Elternbildung und gemeinnützige Arbeit wird diesen Teil abschliessen. Es folgen Apéro und Abendessen. Der Samstagvormit-

tag, 28. Mai, wird im Hotel Verenhof in Baden durch Tagungspräsidentin Ursula Zollinger, SVFF-Vorstandsmitglied, eröffnet. In einem zweiten Teil der Podiumsdiskussion stellen die Teilnehmerinnen Thesen vor, die als Unterlagen für die anschliessende Gruppenarbeit dienen. In den Arbeitsgruppen wird es dabei in erster Linie um die Umsetzung der Thesen in die politische Arbeit gehen.

Interessierte Frauen (und Männer: Sie sind besonders beim ersten Teil der Tagung herzlich willkommen) können sich bereits jetzt anmelden bei Claire Bajna-Zbinden, Im Glockenacker 53, 8053 Zürich. Tel. (01) 381 98 50, Fax (01) 825 57 44. ■

Ziele der Tagung

Was bezweckt die SVFF mit ihrer Tagung 1994? Wir haben Präsidentin Franziska Frey-Wettstein dazu einige Fragen gestellt.

Weshalb veranstaltet die SVFF am 27./28. Mai 1994 eine Tagung in Baden?

Franziska Frey-Wettstein: «Wir haben uns zum Ziel gesetzt, politische Anliegen, die besonders Frauen betreffen und beschäftigen, in den eigenen Reihen deutlicher zur Sprache zu bringen und diese auch durchzusetzen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die bürgerlichen Frauen ihre eigenen Probleme und Anliegen klarer formulieren. Dazu soll die Tagung einen Beitrag leisten.

Baden haben wir als Tagungs-ort ausgesucht, weil hier eine gut organisierte Frauengruppe hilft, den Anlass vor Ort zu organisieren. Ohne diese tatkräftige Hilfe könnte der Vorstand der SVFF eine derart grosse Aufgabe gar nicht übernehmen. Im vergange-



SVFF-Präsidentin Franziska Frey-Wettstein, Kantonsrätin aus Zürich.

nen Jahr waren wir in Zürich, da hat es dank der Frauengruppe der Stadt Zürich sehr gut geklappt.»

Wie kommt die SVFF als politische Frauengruppe zum

STELLUNGNAHME

Ja zur Fristenlösung

Die Schweizerische Vereinigung der Freisinnig-Demokratischen Frauen, SVFF, unterstützt die parlamentarische Initiative von Nationalrätin Barbara Haering Binder zur Fristenlösung. Diese verlangt, dass der Schwangerschaftsabbruch in den ersten Monaten der Schwangerschaft nicht mehr bestraft werden soll. Die SVFF und mit ihr die schweizerische FDP hatten sich bereits 1977 für die Fristenlösungsinitiative ausgesprochen, die in der Volksabstimmung knapp verworfen worden war.

Da das schweizerische Abtreibungsrecht mehr als fünfzig Jahre alt ist und seither bedeutende gesellschaftliche Veränderungen eingetreten sind, drängt sich nach Meinung der SVFF eine Revision der Strafbestimmungen auf. Es gibt heute in der Schweiz grosse kantonale Unterschiede bezüglich Schwangerschaftsabbruch, bei Frauen und Ärzteschaft herrscht Rechtsunsicherheit. Ausserdem werden die Frauen kriminalisiert, was Schuldgefühle provoziert. Diese Situation ist eines Rechtsstaates unwürdig, verletzt die Rechtsgleichheit und lässt sich nicht mit der Würde der Frau vereinbaren. ■

Tagungsthema «Frauen zwischen Familie und Beruf?»

Franziska Frey-Wettstein: «Ein sinnvolles Verknüpfen von Familienaufgaben und Beruf ist im Leben jeder Frau ein Thema. Wir haben Fachfrauen eingeladen zu dieser Tagung, die nicht nur die Probleme aufzeigen, sondern auch versuchen werden, anhand von Beispielen und Thesen vernünftige Vorschläge zu entwickeln. In den Arbeitsgruppen werden wir diese Thesen in politische Forderungen umsetzen.»

Fortsetzung auf Seite 16

TERMINE

Die SVFF-Präsidentinnenkonferenz vom 28. April 1994 musste aus terminlichen Gründen eine Woche vorverschoben werden. Sie findet nun am Donnerstag, 21. April 1994, in Bern statt. Die Präsidentinnen und Kontaktfrauen werden noch eine separate Einladung erhalten.

Die Delegiertenversammlung ist auf den Freitag, 27. Mai 1994, in Baden fixiert worden. Beginn: 15 Uhr (vor der Tagung). mb.

Fortsetzung von Seite 15

An wen richtet sich die Tagung?

Franziska Frey-Wettstein: «Willkommen sind alle Frauen der FDP, also auch diejenigen, die nicht Mitglied der SVFF sind. Im ersten Teil der Tagung, am Freitag, 27. Mai, wird uns Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth mit ihrem Besuch beehren. Besonders zu diesem Teil der Tagung sind auch die männlichen FDP-Mitglieder herzlich willkommen.»

Was verspricht sich die SVFF von dieser Veranstaltung?

Franziska Frey-Wettstein: «Wir möchten FDP-Frauen für die politische Arbeit motivieren und sie in dieser Tätigkeit unterstützen. Viele Frauen finden den Einstieg in die Politik zuerst über

eine Frauengruppe. Unsere Statuten sind so geändert worden, dass nicht nur Vereine, sondern auch lose Gruppierungen bei uns Mitglied werden können.

Die ersten Erfahrungen sind sehr positiv, besonders jüngere Frauen sind in dieser Form besser anzusprechen. Es ist dringend nötig, die krasse Untervertretung der freisinnigen Frauen in der Partei und auch in politischen Ämtern zu bekämpfen. Wir FDP-Frauen leisten dazu unseren Beitrag.»

Wie soll es nachher weitergehen?

Franziska Frey-Wettstein: «Die Arbeitsgruppen werden die vorgegebenen Thesen in politische Forderungen umsetzen, die dann von unseren Parlamentarierinnen auf den verschiedenen Ebenen weitergetragen werden. Die Resultate der Tagung werden auch allen unseren Mitgliedern

zugänglich gemacht, indem wir unserer «Lose-Blatt-Sammlung» mit Stellungnahmen der SVFF ein weiteres Blatt hinzufügen.»

100 Jahre FDP der Schweiz

Die FDP der Schweiz begeht 1994 das Jubiläum ihres hundertjährigen Bestehens.

Wir wollen dieses bedeutende Ereignis am 17. September 1994 in Olten, dem Gründungsort unserer Partei, mit einem würdigen Festakt und einem grossen Volksfest feiern.

Zu diesem Fest möchten wir bereits heute alle unsere Parteiangehörigen und ihre Familien in den Kantonen und sämtliche Ortssektionen einladen und sie darum bitten,

das Datum vom 17. September 1994 für das Jubiläum in Olten freizuhalten. ■

IMPRESSUM

Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 311 34 38, Telefax (031) 312 19 51.

Verantwortlich für die Redaktion:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Anna-Marie Kappeler (AMK). Für die Kantonsseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung:

Kretz Annoncen AG, Grütstrasse 63, Postfach, 8704 Herrliberg, Telefon (01) 915 38 03, Fax (01) 915 34 10.

Druck:

Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.-
Jahresabonnement Fr. 20.-

ANZEIGE

DER TIP DES MONATS FÜR FDP-LESER(INNEN)

Kinder verdienen den besten Schutz – das neue OK-Gurtsystem schützt sie

Herkömmliche Auto-Sicherheitsgurten liegen Kindern zu nahe am Hals. Das ist nicht nur unbequem sondern bei einem Unfall lebensgefährlich. Das nach ECE 4402 zugelassene OK-Gurtsystem ist stufenlos verstellbar und schützt dadurch Kinder von ca. 4 bis 12 Jahren.

Problemlose und sichere Montage am tiefsten Punkt des Beckengurtes:

Für die Fahrt: 3-Punkt-Gurt festmachen, OK-Gurtsystem am Diagonalgurt einhängen und stufenlos auf die richtige Höhe einstellen - fertig!

- Ohne Kissen sitzen Kinder mit dem OK-Gurtsystem auf optimaler Sitzhöhe.
- Der Kopf ragt nicht gefährlich über die Sitzlehne hinaus.
- Keine Demontage bei Belegung des Platzes durch Erwachsene.



GEFÄHRLICH! Der Gurt liegt normalerweise zu nahe beim Hals. Bei einem Unfall besteht grosse Verletzungsgefahr.



SICHER
Das neue OK-Gurtsystem ist verstellbar und liegt auf Schulter/Beckenknochen. Ohne Kissen ist das Kind auf optimaler Höhe.

NEU!

Bestellung

Ja, ich will Sicherheit für mein(e) Kind(er) und bestelle ... Stück OK-Gurtsystem(e), schwarz à Fr. 59.- plus Versandkosten



Name Vorname

Strasse PLZ/Ort

Unterschrift Bitte einsenden an: Socogen AG, Fluhweg 7, 5024 Küttigen FDP

Vermehrte Anstrengungen nötig

Am Delegiertenrat Ende 1993 in Bern hat die JBS (Jungliberale Bewegung der Schweiz) über ihre Position gegenüber Frauenanliegen in der Politik beraten.

● Davide Robbiani

Die JBS war ursprünglich der Ansicht, dass Frauenförderung in Jungparteien keine besondere Bedeutung habe, da unter den Jungen Gleichberechtigung akzeptiert und bereits gelebt wird. Trotzdem könnte mit vermehrten Anstrengungen der Wandel in der Gesellschaft zusätzlich beschleunigt werden.

Als Gast sprach Franziska Frey-Wettstein, Kantonsrätin Zürich und Präsidentin der SVFF (Verbindung der Freisinnigen Frauen). Nach einer Analyse der Entwicklung seit 1972 (Einführung des Frauenstimmrechts) legte sie dar, welche Ziele die freisinnigen Frauen heute verfolgen. Abschliessend drückten Frau Frey-Wettstein und Andreas Gadmer, Präsident der JBS, ihre Erwartungen auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit im Rahmen freisinniger Politik aus.

Durch die Politische Kommission der JBS wurde ein Thesepapier erarbeitet und nach eingehender Diskussion genehmigt.

Fünf Thesen

Vor nicht allzu langer Zeit feierte die Schweiz den zwanzigsten Jahrestag der Einführung des Frauenstimmrechts im Bund; ein denkwürdiger Feiertag. In keinem andern Land Europas dauerte es so lange, bis die Frauen das Stimm- und Wahlrecht erhielten. Die Fortschritte, die auf dem Gebiet der Beteiligung der Frau an der Politik seit her gemacht wurden, nehmen sich aber immer noch sehr bescheiden aus.

Nun aber zu glauben, dass es sich um ein frauenspezifisches Problem handle, ist verfehlt. Es bietet sich vielmehr ein Bild allgemeiner Politikverdrossenheit. Und unter den Verdrossenen stehen die Frauen nur durch ihre noch etwas deutlichere Abstinenz

von einer Beteiligung an der Gestaltung des Gemeinwesens hervor.

Massstab für Mitwirkung sind unter anderem Mandatszahlen, die Frauen und Männer bei der Bestellung öffentlicher Ämter erreichen. Während es rein zahlenmässig gelingt, genug Männer für eine Kandidatur zu finden, so dass von einer echten Auswahl gesprochen werden kann, treten meist nur wenige Frauen an. So bleibt kaum eine echte Wahl. Dabei ist leider zu beobachten, dass es den bürgerlichen Parteien noch weniger gelungen ist, Frauen für eine Beteiligung zu motivieren, als den linken Parteien. Gerade in diesem Sinne gibt es noch keine echte weibliche bürgerliche¹ Alternative. Auch wir Jungliberalen/-freisinnigen müssen uns da an der eigenen Nase nehmen. Bei uns sind die Mitgliederzahlen immer noch gleich männerlastig wie in andern politischen Organisationen.

These 1: Wir müssen vermehrt Mitglieder werben und vor allem mit dieser Werbung Frauen ansprechen. Nur wenn wir ein grösseres Reservoir an weiblichen Mitgliedern haben, können wir genug überzeugende Kandidatinnen stellen. Wir dürfen uns als Jungpartei durchaus vom «frauenindifferenten» Image der bürgerlichen Parteien² abheben.

In ihrer Studie für die FDP der Schweiz hat Frau Ballmer-Cao eindrücklich nachgewiesen, dass Frauen gleich nach Einführung des Frauenstimmrechts bessere Chancen hatten, gewählt zu werden, als heute. Obwohl also inzwischen etwas mehr Frauen kandidieren, werden trotzdem in absoluten Zahlen nicht mehr gewählt. Was bedeutet, dass sie anteilmässig weniger reüssieren. Dies kann nicht nur an den Männern liegen, sondern muss auch der weiblichen Wählerhälfte an-

gelastet werden, die «ihre» Kandidatinnen zu wenig unterstützt. Es muss eine beachtliche Anzahl Frauen geben, die selbst nicht wählt, die Entscheidung ihrem Mann überlässt oder aus irgendwelchen Gründen gar keine Frauen wählt. Es läge durchaus an den Frauen selbst, sich mehr politisches Gewicht zu verschaffen.

These 2: Die JBS muss alle Wahlberechtigten gezielt auffordern, unsere Kandidatinnen zu wählen.

Viele Frauen entfalten durchaus Aktivitäten im öffentlichen Leben. Insbesondere in Organisationen, die im weitesten Sinne einen sozialen Charakter haben. Weiter finden sich in der Politik auf «unterster Stufe», in der Gemeinde, vergleichsweise viele Frauen. Sehr oft sind dies Aktivitäten mit wenig Publizität. Es ist in besonderem Masse die meist im Rampenlicht stehende Bundespolitik und zu einem guten Teil die kantonale Politik, für die die Diagnose gilt, dass Frauen extrem untervertreten sind. Dies trifft insbesondere für bürgerliche Frauen zu. Muss dies aber so bleiben?

These 3: Wenn Frauen in grosser Zahl in Ämtern auf höherer Ebene drängen, liessen sie sich nicht aufhalten.

Das Problem ist, wie schon angedeutet, allgemein. Es geht deshalb darum, die Schweizerinnen und Schweizer zu mehr Mitwirkung im öffentlichen Leben zu bewegen. Wie aber können die Frauen im besonderen mehr motiviert und aktiviert werden?

Es ist schwierig festzustellen, was bei der geringen Beteiligung von Frauen in der Politik Ursache und was Wirkung ist. Es ist unseres Erachtens aber zu aufwendig und letztlich müssig herauszufinden, wo genau die Gründe für den heutigen Zustand liegen,

vielmehr müssen alle ernstzunehmenden Parteien so schnell wie möglich versuchen, ihren Beitrag an die Behebung der unbefriedigenden Situation beizusteuern und aus dem Teufelskreis auszubrechen. Sollte zu einem späteren Zeitpunkt die Anzahl der Mandatsträgerinnen markant angestiegen sein, ist zu erwarten, dass die Beteiligung an Entscheidungsmechanismen im öffentlichen Leben für Frauen überhaupt attraktiver wird.

These 4: Die Parteien müssen dafür sorgen, dass sich genügend Frauen als Kandidatinnen zur Verfügung halten. Zu diesem Zwecke sollen sie interne Zielvorgaben für ihre Kandidaturen formulieren und einhalten.

Die letzte These möchte doch noch einmal an die Ursachen der Problematik rühren:

These 5: Frauen fühlen sich dem Politbetrieb oft nicht gewachsen (z. B. weil es immer noch Männer gibt, die sie einfach übergehen). Deshalb müssen wir sie gezielt ausbilden, fördern, auf ihre Aufgaben vorbereiten und günstige Rahmenbedingungen schaffen, so dass sie sich in ihren Ämtern bewähren und durchsetzen können.

Die einzelnen erforderlichen Massnahmen brauchen hier nicht dargestellt zu werden. Sie sind im Frauenförderungskonzept der FDP Schweiz vom 24. September 1992 für die Mutterpartei festgehalten und werden von der JBS unterstützt. Die Rolle der Jungliberalen/-freisinnigen sehen wir darin, dass die JBS für sich konkrete Ziele aufstellt und Fristen setzt, diese zu realisieren. Die Organe der JBS sind verpflichtet, in diesem Sinne auf die Kantonalsektionen einzuwirken.

¹ Bürgerlich im Sinne von «keiner Partei der Linken angehörend»; ² vgl. Studie von T. Ballmer-Cao, Bern, 15. Sept. 1992, Seite 32.

Konzepte statt Schlagworte

Hochaktuelle Themen umfassend behandelt: das bietet Ihnen die «Politische Rundschau», welche die FDP viermal jährlich zum Selbstkostenpreis herausgibt. Nutzen Sie diese fundierte Informationsmöglichkeit, um sich zu politisch brisanten Problemen Ihr eigenes Urteil zu bilden.

Talon

Ich bestelle zum Selbstkostenpreis von Fr. 5.- pro Exemplar:

- Ex. Nr. 3/92: «**Bericht und Thesen zur schweizerischen Neutralität von morgen**»
- Ex. Nr. 4/92: «**Freisinnige Standortbestimmung zur Umwelt- und Energiepolitik, zur Wirtschafts- und Entwicklungspolitik, zum Wohnproblem und zur Neat-Finanzierung**»
- Ex. Nr. 1/93: «**Unerlässliche Mitwirkung der Schweiz – verkräftbare Anpassung unserer nationalen Politik: Die FDP zur Uruguay-Runde des Gatt**»
- Ex. Nr. 2/93: «**Aktiv jenseits der Grenzen: FDP Schweiz International. Die politische Heimat für Schweizerinnen und Schweizer im Ausland**»
- Ex. Nr. 3/93: «**Regierungsreform: Arbeitsgrundlagen zur Reform 1993 und zu weiteren Modellen**»
- Ex. Nr. 4/93: «**Berichte, Thesen und Massnahmen zur öffentlichen Sicherheit in der Schweiz**»

Name: _____ Vorname: _____ 2/94

Strasse/Nr.: _____ PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte ausfüllen und einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51.

Immer aktuell

FDP-Artikel sind Qualitätsartikel. Als Hits gelten das Foulard und die Krawatte im klassischen Design oder im New-Look-Stil. Immer aktuell ist auch das Portefeuille. Bestellen Sie einen FDP-Artikel, damit Sie ihn haben, wenn Sie ihn brauchen.

Talon

Ja, ich bestelle:

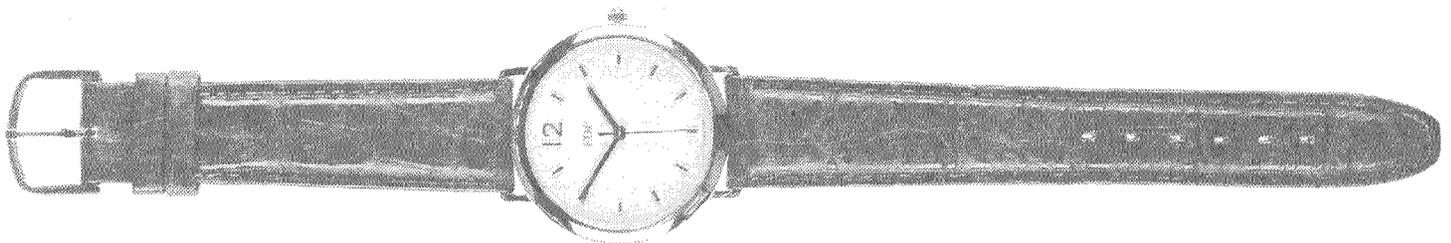
- Das **klassische Foulard** aus 100% Crêpe de chine ist 90×90 cm gross und wurde mit einem handrollierten Saum versehen. ___ Ex. à Fr. 50.-
- Die **Krawatte** im klassischen Design besteht aus 75% Polyester und 25% Seide. ___ Ex. à Fr. 40.-
- Die **Krawatte** aus unserer New-Look-Kollektion besteht aus 75% Polyester und 25% Seide. ___ Ex. à Fr. 40.-
- Das **Portefeuille** aus bestem Anilinleder (bordeaux) mit vielen Einsteckfächern für Ausweise, Photos, Kreditkarten usw. mit der FDP-Agenda 1994. ___ Ex. à Fr. 44.-

Name: _____ Vorname: _____ 2/94

Strasse/Nr.: _____ PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte ausfüllen und einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51.



Es ist FDP-Zeit

Bestellen und tragen Sie die FDP-Uhr! Das Gehäuse ist vergoldet, der Boden aus Stahl mit Schweizer Quarzwerk, ohne Datum, Lederband Crocoart braun, Zifferblatt Grundfarbe weiss, Zeiger und Relief vergoldet mit Logo «FDP». Die Uhr wird geliefert in einer schwarzen Pochette mit einjähriger Garantie Fashion Time.

Talon

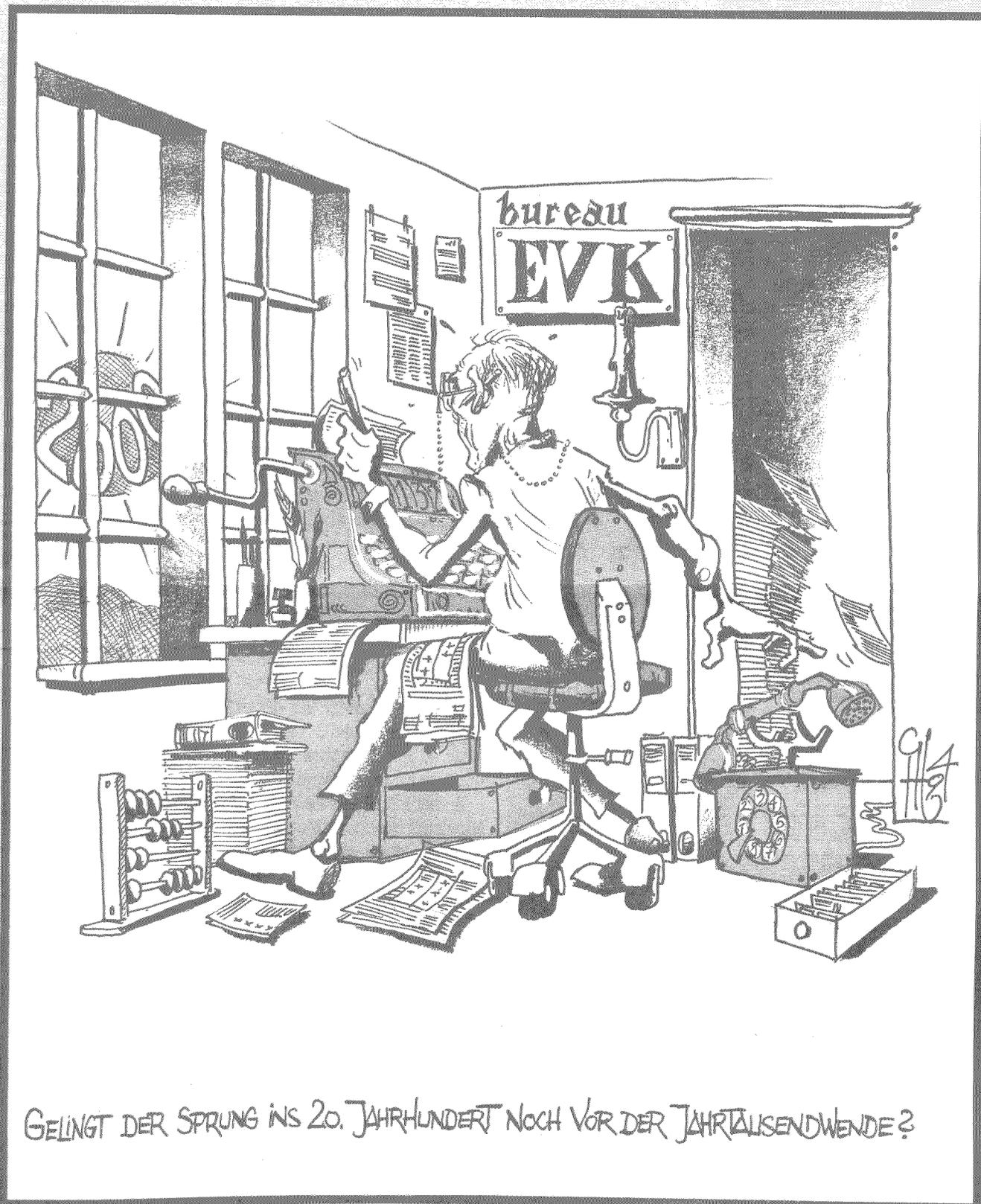
Ich bestelle zum Preis von Fr. 60.- (plus Porto und Verpackung):
___ Ex. FDP-Uhr.

Name: _____ Vorname: _____ 2/94

Strasse/Nr.: _____ PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern Fax (031) 312 19 51



GELINGT DER SPRUNG INS 20. JAHRHUNDERT NOCH VOR DER JAHRTAUSENDWENDE?

Karikatur Andreas Töns

Parolenfassung in Südafrika

Interview mit Oskar Brandenburg, dem Präsidenten der FDP Sektion Südafrika.

Vor bald einem Jahr wurde weltweit die erste FDP-Auslandsektion in Südafrika gegründet. Wie kam es dazu?

Oskar Brandenburg: «Max Schweizer, der jetzige Sekretär unserer Sektion, fragte mich, ob ich bereit wäre, bei FDP International mitzumachen und eventuell das Präsidium zu übernehmen. Andere Personen hatten sich bereit erklärt, ebenfalls eine Charge zu übernehmen. Deshalb sagte ich zu und wurde bei der Gründungsversammlung von

ungefähr einem Dutzend Interessenten zum Präsidenten gewählt.»

Ist die Schweizerkolonie Südafrikas dynamischer als die übrigen?

Oskar Brandenburg: «Die südafrikanische Schweizerkolonie ist die erste, mit der ich intensiv involviert bin. Politik ist in Südafrika schon immer allgegenwärtig gewesen, und dadurch ist wahrscheinlich das Interesse am politischen Geschehen in der Heimat etwas mehr im Vordergrund als an anderen Orten.»

Wie hat sich die FDP-Sektion entwickelt?

auf den Sparvorschlag des Bundesrates nicht eingetreten war. Die hauptsächlichsten Gründe hierfür: die Notwendigkeit des Abschlusses zusätzlicher Sozialversicherungsabkommen und fehlende Einsparungen. Der Vorschlag würde somit nur eines bringen, einen Sozialabbau für Auslandschweizer und Nachteile für die Wirtschaftsunternehmen, die Schweizer im Ausland beschäftigen.

Der Vorstand der FDP Schweiz International ist von der Notwendigkeit überzeugt, dass für die Alters- und Hinterlassenenversicherung zugunsten der Auslandschweizer ein Konzept ausgearbeitet wird, das die Versicherungsfrage dauerhaft und in befriedigender Weise regelt. ES

Oskar Brandenburg: «Die Entwicklung geht nur langsam voran. Wir konnten unser Ziel im ersten Jahr nicht erreichen und sind jetzt bei 23 Mitgliedern. Positiv ist, dass eine ganze Anzahl davon Ehepaare sind. Weniger günstig ist, dass sich unsere Mitgliedschaft fast ausschliesslich aus Deutschschweizern zusammensetzt und nur Johannesburg und Pretoria umfasst.»

Was enthält ihr Tätigkeitsprogramm?

Oskar Brandenburg: «Jeweils einen Monat vor den nationalen Abstimmungen oder Wahlen organisieren wir einen Informationsabend, bei welchem die bevorstehenden Abstimmungsthemen besprochen und die FDP-Parolen bekanntgegeben werden. Einzelne Vorlagen werden jeweils heftig diskutiert, und es kommt vor, dass die FDP-Parole umstritten ist.

Die Informationsabende integrieren wir in unsere monatlichen Videoabende, bei denen Videos über aktuelle Geschehnisse während des Vormonats in der Schweiz gezeigt werden.

Ferner informieren wir unsere Mitglieder bereits am Morgen des Montags nach Abstimmungen über Resultate des Vortages, was sehr geschätzt wird. Die notwendigen Angaben erhalten wir per Fax vom Generalsekretariat der FDP Schweiz International, bei dem ich mich bei dieser Gelegenheit für die sehr gute Zusammenarbeit bedanken möchte.

Was wir gerne organisieren würden, sind Diskussionsrunden mit FDP-Politikern aus der

Schweiz, falls und wenn diese in Südafrika sind.»

Was sind die wichtigsten Unterschiede zwischen einer FDP-Sektion in der Schweiz und einer im Ausland?

Oskar Brandenburg: «Wir sind wohl die grösste schweizerische Partei in Südafrika, aber wir können natürlich keinen Einfluss auf den Ausgang einer Abstimmung nehmen. In der Schweiz ist man zudem dem Geschehen viel näher, und die politischen Themen nehmen einen weit wichtigeren Platz im täglichen Leben ein als hier. Zudem befinden wir uns hier wirklich in Neuland und müssen unseren Weg voran selber finden.»

Was sind die Verbindungen zur Schweiz?

Oskar Brandenburg: «Wir haben ausgezeichnete Verbindungen zur Zentrale der FDP. Zudem war im Mai letzten Jahres der Präsident der FDP Schweiz International, Nationalrat Dr. Georg Stucky, zu Besuch bei uns und eröffnete die Südafrika-Sektion offiziell.»

Wie sehen Sie die Zukunft der FDP Schweiz SA im «neuen Südafrika»?

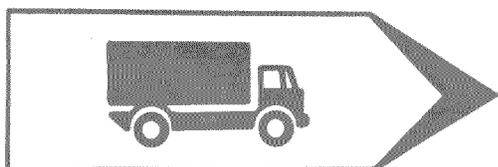
Oskar Brandenburg: «Ich glaube nicht, dass sich nach den Wahlen für unsere Partei etwas ändern wird, da wir ja nicht in der lokalen Politik involviert sind.» ■

AUS DEM VORSTAND

Freiwillige AHV für Auslandschweizer

Der Vorstand der FDP Schweiz International befasste sich an seiner Sitzung vom 1. Dezember 1993 mit dem Thema der freiwilligen AHV für Auslandschweizer. In Übereinstimmung mit früheren Verlautbarungen wehrt sich der Vorstand gegen das Sparvorhaben des Bundesrates, die freiwillige AHV der Auslandschweizer abzuschaffen.

Vorstandspräsident Nationalrat Georg Stucky (ZG) teilte mit, dass die Finanzkommission des Nationalrates (Erstrat)



Auch die sollen für unsere Strassen zahlen!

J A

zur Verlängerung der pauschalen Schwerverkehrsabgabe

zur leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe

zur Weiterführung der Autobahnvignette

3 x Ja für Vignette und Schwerverkehrsabgabe, Postfach 5835, 3001 Bern Konto SBG Bern 383-342.04 5